

Max Traeger – kein Vorbild

Eine Replik auf die Max Traeger-Biographie von Hans-Peter de Lorent

Im bundesweiten Streit der GEW um die historische Rolle ihres ersten Vorsitzenden stellt sich Hans-Peter de Lorent mit seiner Biografie zu Max Traeger gegen den Frankfurter Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeier (s. hlz 3-4/2017). Ortmeier hatte gefordert, Max Traeger neu zu bewerten und die Max-Traeger-Stiftung umzubenennen. Damit habe Ortmeier, so de Lorent, Max Traeger in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt. Ohne differenziert auf Ortmeier zu antworten und ohne neue Quellen und Forschungsergebnisse vorzulegen, polarisiert de Lorent. Er schafft mit seiner Einschätzung Traegers ein Pro- und ein Contra-Lager, dem man sich zuordnen soll.

Unser Beitrag „Es ist Zeit für die ganze Wahrheit“ in dem von Micha Brumlik und Benjamin Ortmeier herausgegebenen Sammelband „Max Traeger – kein Vorbild“ setzt sich ausführlich mit der vorgelegten Biografie Traegers auseinander. Einige unserer Hauptthesen stellen wir hier zur Diskussion.

Max Traeger – Mitglied der NS-geführten Regierungskoalition

De Lorent stellt Max Traeger, der in der Weimarer Republik Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) war, als einen linksliberalen Politiker vor. Für ihn ist die DDP – egal in welcher historischen Phase – als linksliberal einzuordnen. Die Weiterentwicklung der DDP zur Deutschen Staatspartei (DStP) ab 1930 ist für de Lorent lediglich eine Umbenennung und keine politische Neuausrichtung, obwohl die DStP sich selbst als eine neue Sammlungsbewegung – in zeitweiliger Zusammenarbeit – mit dem völkisch-antisemitischen Jungdeutschen Orden – verstand. De Lorent erwähnt nicht, dass bekann-

te Hamburger Liberale wie Hans Robinsohn, Alfred Johann Levy und Erich Lüth wegen Rechtsentwicklung und Antisemitismus aus der DDP/ DStP austraten. De

Lorent erweckt den Eindruck, Traeger sei wie „viele andere den Nationalsozialisten unliebsame Abgeordnete verfolgt“ worden. Traeger positionierte sich jedoch nicht in dieser Umbruchphase gegen den Nationalsozialismus. Traeger folgte nicht dem liberalen Bürgermeister Carl Petersen, der am 4.3.1933 aus Protest gegen die Zusammenarbeit der Staatspartei mit den Nazis sein Amt und wenige Tage später auch sein Bürgerschaftsmandat niederlegte. Die Fraktion der Staatspartei sprach sich in der Hamburgischen Bürgerschaft für eine Koalition mit der NSDAP aus. De Lorent glaubt dabei eine Protesthaltung der Abgeordneten der Staatspartei und damit auch Traegers ausmachen zu können. „Auffällig ist, dass alle neun Senatsmitglieder 79 Stimmen bekamen, lediglich Senator Matthaei (Dt. Staatspartei) und Senator Burchard-Motz (DVP), ... bekamen 84 Stimmen. Daraus ist zu schließen, dass die Vertreter der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei ihre Stimmen ausschließlich für diese beiden Personen ab-



Weinheim-Basel 2017; Der vorliegende Text ist eine Kurzfassung des 84 Seiten umfassenden Beitrages von Nette/Romey in dem von Ortmeier/Brumlik herausgegebenen Buch (S.72ff). Der von den GEW-Studis erbetene, aber von uns abgelehnte Abdruck ihres Beitrages findet sich im Buch auf den Seiten 43-51 (s. Kasten auf Seite 61 dieser Ausgabe)



Autor_innen und Herausgeber bei der Buchvorstellung in Frankfurt, v.r.n.l.: Bernhard Nette, Stefan Romey, Micha Brumlik, Benjamin Ortmeier, Z. Ece Kaya, Sven Lehmann

gaben und die neuen Senatoren sowie Bürgermeister Carl Vincent Krogmann nicht wählten.“ Ausschließlich? De Lorent irrt. Er legt für seine Einschätzung fälschlicherweise die Zusammensetzung der Bürgerschaft nach dem „Gleichschaltungsgesetz“ Ende Mai 1933 zugrunde. Die Staatspartei hatte zu diesem Zeitpunkt nur noch vier Abgeordnete, einer davon war Max Traeger. Die Zusammensetzung der Bürgerschaft, die am 8. März 1933 den neuen Rechtssenat wählte, ergab sich jedoch aus dem Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom April 1932. Der Fraktion der DStP gehörten noch 18 Abgeordnete an. Diese Abgeordneten verweigerten sich in ihrer großen Mehrheit keineswegs den Nazis und ihrem Anhang. Es ist wohl dem NS-Forscher Henning Timpke zu folgen: „Einige Mitglieder der staatsparteilichen Fraktion – es waren wohl gerade die jüdischen Abgeordneten – konnten sich allerdings nicht dazu entschließen, den neuen Senat en bloc zu wählen.“ Traeger blieb auch nach dieser Abstimmung Abgeordneter der NS-geführten Koalition in Hamburg.

Nur wenige Wochen nach der Machtübernahme war Terror und Folter gegenüber politischen Gegnern, auch den

verhafteten Bürgerschaftsabgeordneten, alltäglich geworden. Die KPD wurde am 15.3. verboten. Grundrechte wurden per „Ermächtigungsgesetz“ außer Kraft gesetzt. Diesem stimmte im Reichstag die Deutsche Staatspartei zu. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt. Das Parteivermögen der Arbeiterparteien wurde beschlagnahmt. Die SPD-Fraktion blieb deshalb dem Hamburger Parlament am 10. Mai demonstrativ fern. Max Traeger aber nahm teil. Die Nazis beriefen ihn als einzigen aus den alten demokratischen Parteien für die Landesunterrichtsbehörde. Auch auf der folgenden „Arbeits-sitzung“ der Bürgerschaft am 31.5. war Max Traeger wieder anwesend. Der einzige Redner dieser Sitzung war der NS-Bürgerschaftspräsident Fritz Meyer. Er verkündete die Beschlüsse der neuen Machthaber. Die NS-Zeitung „Hamburger Tageblatt“ beschrieb Meyers Verhandlungsführung: „Ich eröffne die Beratung. Ich schließe die Beratung. Ich bitte die Mitglieder, die die Anträge annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. Danke. Angenommen.“ Dies, so das Tageblatt, sei nur dadurch unterbrochen worden, „dass das Haus wie ein Mann aufsteht...“.

Wie ein Mann. Auch Max Traeger war jedes Mal gehorsam aufgestanden. Er war für zwei Ausschüsse vorgeschlagen worden. De Lorent beklagt, dass Traegers Mandat trotz seiner Ausschussbenennung „nie Realität wurde.“ Am 14. Juli wurde mit dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien die Existenz einer einzigen Partei im Deutschen Reich, der NSDAP, festgeschrieben. Die Staatspartei und andere bislang nichtverbotene Parteien lösten sich auf. Es ist uns bisher nicht gelungen herauszufinden, wie viele Mitglieder danach quasi partei- und fraktionslos zur Hamburger Bürgerschaft gehörten. Zur Klärung der Personalie Max Traeger sollte hier weitergeforscht werden. Noch im Oktober 1933 überwies Max Traeger von seinen Abgeordneten-Bezügen eine Spende an das NS-Winterhilfswerk. Gab es in Hamburg – wie im Reich – den Versuch, die parlamentarische Arbeit ehemals liberaler Abgeordneter als Hospitanten der NSDAP fortzuführen? Die Hamburgische Bürgerschaft wurde am 14.10. aufgelöst. Der nazistische Präsident Fritz Meyer dankte in einem auf Bütteln gedruckten Schreiben allen noch verbliebenen Abgeordneten, also auch Max Traeger: „Viele der Abgeordneten sind zu dieser Vertrauensstellung berufen worden, weil sie sich in der nationalen Bewegung hervorragend betätigt hatten. ... Der Wille des Führers ruft uns jetzt wieder zur Lösung anderer Aufgaben, und er kann gewiß sein, daß wir ihm wie bisher in unwandelbarer Treue folgen.“ Wem folgte Max Traeger jetzt - wohin? Diese Forschungsfrage ist noch zu beantworten.

Max Traeger – Gegner der Nationalsozialisten?

De Lorent macht Max Traeger in seinem Buch plakativ zu einem „eindeutigen“, „ausgewiesenen“, „vehementen“, „offenen“ Gegner des NS-Regimes – „an



Traeger spendet unmittelbar vor der Auflösung der Bürgerschaft am 14. Oktober 1933 noch für das NS-Winterhilfswerk (s. Nr. 5)

vorderer Stelle“. Traeger hätte mit den Nazis nicht gemeinsame Sache gemacht. Stattdessen hätte er „konspirativ“ gewirkt. Für die NS-Zeit verweist de Lorent als Quelle – ohne quellenkritischen Abgleich – auf eineschmale belletristische Schrift, Kurt Zeidlers „Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte“. De Lorent behauptet, Träger wäre in der gesamten NS-Zeit Mitglied eines „Untergrundvorstandes“ der alten „Gesellschaft der Freunde“ gewesen. Er nennt als zusätzliche Quelle ein Interview mit Hermann Lange. Lange konnte aber nur aus der Zeit bis 1939 berichten, denn danach wurde er eingezogen. Bis dahin sei Traeger aber nicht dabei gewesen! Traeger gehörte nicht zu liberalen oder anderen Widerstandsgruppen wie der „Robinsohn-Strassmann-Gruppe“ oder der Gruppe „Freies Hamburg“ um Friedrich Ablast, der wie Traeger Mitglied der DStP in der Bürgerschaft gewesen war. Die Mitglieder der genannten Gruppen halfen in Hamburg Verfolgten und deren Familien. Sie sammelten Nachrichten und gaben diese weiter u.a. ins britische Außenministerium.

De Lorent berichtet nichts über Traegers Lehrertätigkeit in

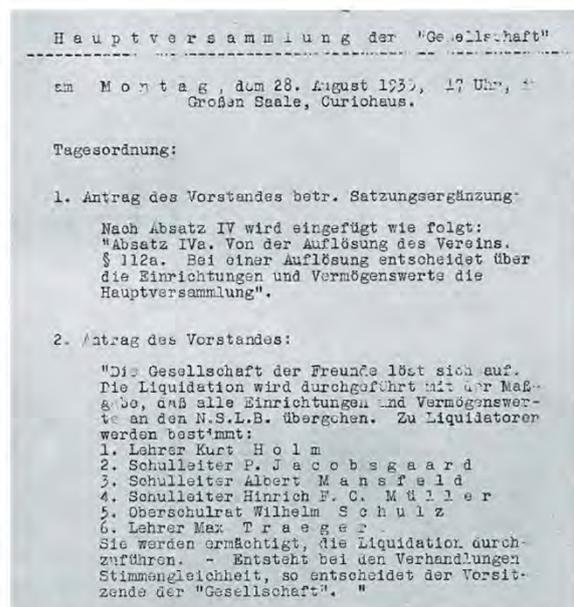
der NS-Zeit an der Schule Wrangelstraße. Wie kam Traeger mit den dortigen Gegebenheiten zu recht? Dietrich Rothenberg hatte hierzu berichtet: „Die neue Schule, an die ich dann kam, die Knaben-Volksschule Wrangelstraße, war im Gegensatz zu meiner alten Schule eine richtige Nazi-Schule.“ Es drängen sich Fragen auf. Verweigerte Traeger nazistische Anforderungen wie den Hitlergruß, Appelle

und Aufmärsche? Gab es Zusammenstöße mit Vorgesetzten? Zeigte er Empörung oder Protest gegen die zahlreich eingeforderten Anpassungsbeweise? Lehnte er Unterrichtsaufträge mit eindeutigem NS-Gedankengut ab?

Keine Alternative zu »Gleichschaltung«?

De Lorent behauptet, dass bei der »Gleichschaltung« der „Gesellschaft der Freunde“ außer der Rettung der Kassen „realistisch nicht mehr zu erreichen“ war. So kann er Traegers Verhalten als Verbandsfunktionär zu Beginn der NS-Zeit als alternativlos darstellen. Das ist irreführend, wie das Handeln einer vergleichbaren Hamburger Persönlichkeit, der Oberschulrätin Emmy Beckmann, verdeutlicht. Sie war wie Traeger Mitglied der DDP/DStP in der Hamburger Bürgerschaft gewesen,

jedoch nur bis Anfang 1933. In den letzten Jahren der Weimarer Republik trat sie aktiv in der Öffentlichkeit als Mitglied der „Frauenfront“ gegen die NS-Bewegung auf. Sie warnte vor den frauenfeindlichen Parolen der NSDAP. Sie wurde – anders als Max Traeger – am 28.6.1933 „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zwangspensioniert und konnte nicht wie ihr Parteikollege im Schuldienst weiterarbeiten. Emmy Beckmann verweigerte als Vorsitzende die Gleichschaltung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverbandes (ADLV), mit gut 40.000 Mitgliedern eine der großen Interessenvertretungen der Lehrerinnen im Deutschen Reich. Der ADLV stemmte sich gegen die Übergabe der Kassen an den NSLB aus Protest gegen die Verfolgung der Juden und gegen die Diskriminierung der Frauen im NS-Staat. Es gelang durch Umwidmung, diese Gelder in eine Stiftung für die bisherigen sozialen Zwecke sicherzustellen.



Die Nazis sorgten dafür, dass sie in der neu geschaffenen ‚Abteilung Wirtschaft und Recht‘ innerhalb des NSLB, in der das Vermögen der nun aufgelösten ‚Gesellschaft der Freunde‘ verwaltet wurde, die Mehrheit hatten und den Vorsitzenden stellten.



Kann jemand, der 1930 die Volksgemeinschaft propagiert ...

Max Traeger – Ein „guter“ Verhandlungsführer?

De Lorent stellt Max Traeger als einen guten Verhandler mit dem Führungspersonal des NSLB dar. Er habe mit dem Erhalt der Kassen das „wahrscheinlich Maximale“ für die „Gesellschaft der Freunde“ erreicht. Dass er dabei in Wirklichkeit diese fast kampflos an die Nazis auslieferte, wird schönegeredet. Es bleibt der Makel an Traeger haften, dass er „seine“ Lehrerorganisation dazu aufrief, zu einer verbrecherischen Organisation überzuwechseln. De Lorent hatte in seinen früheren Publikationen wie im Sammelband „Die Fahne hoch“ vor 30 Jahren die Rolle der Funktionäre der „Gesellschaft der Freunde“ wie Max Traeger und Gustav Kuchler sehr viel kritischer gesehen. Jetzt aber lobt er Traeger in der hlz im Frühjahr 2017. Dieser habe „in wochenlangen Verhandlungen erreicht, (...) dass die ‚Gesellschaft der Freunde‘ weiter als rechtsfähige Organisation bestand und auch Kompetenz für die Verwaltung der Kassen und des Curio-Hauses behielt. Aus heutiger Sicht würde ich sagen“, fügte de Lorent bewertend hinzu, „man muss Traeger dankbar sein dafür ...“. Diese Aussage ist

schon für die Gleichschaltung im April 1933 irreführend, da sich die Nazis sofort die Mehrheit im Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ gesichert hatten. Und am 16. März 1934 wurde auf einer Hauptversammlung im Curio-Haus die Satzungsänderung beschlossen, wonach – so der protokollierende Notar Biermann-Ratjen – „nunmehr die endgültige Eingliederung des Vereins in den NSLB und damit in die nationalsozialistische Bewegung durchgeführt sei.“ Für diesen Beschluss hat de Lorent in seiner Traeger-Biografie nur einen Satz übrig: „Diese Konstruktion wurde am 16.3.1934 in einer Hauptversammlung beschlossen.“ De Lorent beachtet hier nicht die vorhandenen Akten des Hamburger Staatsarchivs, um Näheres über die Rolle Max Traegers sagen zu können. Für die Anträge zur Satzungsänderung in der entscheidenden Hauptversammlung am 14. März 1934 zeichnete neben Gustav Kuchler auch Max Traeger verantwortlich. Es ist zu bedenken, dass Traeger und Kuchler als ehemalige Vorsitzende in der Lehrerschaft einen guten Ruf genossen. Sie waren für viele Leitfiguren. Und damit hatten sie es im März 1934 der Hamburger Lehrerschaft leicht gemacht, der von ihrer ehemaligen Gewerkschaftsführung vorgeschlagenen vollständigen Nazifizierung zuzustimmen. Es hatte im Übrigen bereits im August 1933 einen ersten Versuch gegeben, die „Gesellschaft“ vollständig in den NSLB zu überführen, wobei sich Traeger – übrigens anders als Kuchler – als einer der „Liquidatoren“ zur Verfügung gestellt hatte. Es war keine normale juristische Abwicklung einer Gesellschaft, für die in der Tat, wie de Lorent betont, der Begriff „Liquidator“ normal sei. Es war geplant, die ehemals demokratische „Gesellschaft der Freunde“ schon im August 1933 vollständig zu nazifizieren. Von

daher bekommt der Begriff „Liquidator“ einen sehr schlechten politischen Beigeschmack.

Max Traeger – Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB)

Max Traeger sei, so de Lorent, nie in die NSDAP eingetreten und „blieb wie 97 Prozent der Hamburger Lehrerschaft Mitglied im NSLB“. Die Prozentzahl suggeriert, diese Mitgliedschaft sei, da ja nahezu alle im Schuldienst Tätigen dabei waren, gar nicht so schlimm gewesen. De Lorent geht hier nicht auf die Mitgliederentwicklung ein. Bei Traegers Übertritt in den NSLB zusammen mit vielen weiteren Mitgliedern der „Gesellschaft der Freunde“ am 1. Mai 1933 erhöhte sich die Mitgliederzahl des Hamburger NSLB von knapp 100 Ende 1932 schlagartig auf 4.500. Erst Anfang 1934 kann von einer 97prozentigen Mitgliedschaft der Hamburger Lehrerschaft im NSLB gesprochen werden. Der Übertritt der „Gesellschaft der Freunde“, unter ihnen Max Traeger, machte den NSLB in Hamburg stark.

Max Traeger und Ro 19

Die Frage, ob die GEW Hamburg mit Ro 19 ein »arisiertes«



...und 1949/50 einen Schlüsselstrich unter die Nazivergangenheit fordert, der GEW als Vorbild dienen?

Erbe besaß, führte in der GEW immer wieder zu erheblichen Auseinandersetzungen. Unsere Antwort ist bekannt. De Lorent positioniert sich in seiner Traeger-Biografie öffentlich zum ersten Mal. Er relativiert Max Traegers Rolle bei der Aneignung von Ro 19 nach 1945. Traeger hatte als Vorsitzender Ende der 1940er Jahre diese Immobilie für die Lehrgewerkschaft beansprucht. Besonderen Wert legt de Lorent auf die Feststellung, die jüdischen Voreigentümer von Ro 19 hätten keinen Antrag auf Restitution gestellt. Daher sei davon auszugehen, dass sie sich bei dem Verkauf 1935 an den NSLB nicht unrechtmäßig behandelt gefühlt hätten. Keine »Arisierung« also? Eine zentrale Frage bleibt: Warum eigentlich ist Max Traeger nie auf den Gedanken gekommen, die nach New York Geflüchteten brieflich zu fragen, ob sie sich bei Ro 19 tatsächlich gerecht behandelt gefühlt hätten? Stattdessen spekulierte er 1950 über „das Judengrundstück“, das gar keines gewesen sei.

De Lorent benutzt bei der Einschätzung Max Traegers als Quelle nicht das von der GEW Hamburg in Auftrag gegebene Gutachten Sielke Salomons aus dem Jahre 2002. Sie schrieb: „Bei den ehemaligen Pgs. Dr. Kurt Holm und Wilhelm Bernhardt überrascht ein solcher Mangel an moralischem Empfinden nicht, enttäuschend ist jedoch, dass auch eine Persönlichkeit wie Max Traeger offenbar nicht auf den Gedanken kam, nach dem Schicksal der ehemaligen Besitzer zu fragen, geschweige denn das Verhalten der Gesellschaft im Jahre 1935 einer kritischen Reflexion zu unterziehen oder gar so etwas wie Scham zu empfinden. Die ‚Unfähigkeit zur Trauer‘ (Mitscherlich) ging bei ihm so weit, die Notwendigkeit zur Anmeldung des Gebäudes Ro 19 als ‚Judengrundstück‘ in Frage zu stellen – also für den eigenen Fall die Legitimi-

tät der ‚Allgemeinen Verfügung Nr. 10 ... für die britische Zone, anzuzweifeln, nach der die ‚Gesellschaft der Freunde‘ wie alle anderen, die im Besitz eines Eigentums waren, das zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 aus Gründen der Rasse, der Staatsangehörigkeit, der Religion oder der politischen Überzeugung einer Person enteignet, weggenommen oder ihrer Verwaltung entzogen worden war, und zwar unabhängig davon, ob der Vermögensentzug aufgrund von Gesetzen oder in angeblich rechtmäßigen Verfahren durchgeführt worden war, ... verpflichtet war.“

Unser Fazit

Warum soll man denjenigen, die wie Max Traeger nicht opponierten, sondern – wenn auch mit vermeintlich guter Absicht – mitmachten und die sich immer tiefer in den Sumpf der – im besten Fall als Appeasement-Politik zu bezeichnenden – Zusammenarbeit mit einer verbrecherischen Organisation begaben, dankbar sein?

De Lorent gelang es nicht, eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Werdegangs des ersten Vorsitzenden der GEW vorzulegen. Sie steht unseres Erachtens noch aus.

STEFAN ROMEY
BERNHARD NETTE

Rücktritt

Heute, am 27.9.2017, kommen wir – das Leitungsgremium und die Aktivengruppe der Jungen GEW und der GEW Studis – zu der Entscheidung, dass für uns eine Identifikation mit und politische Organisation in einer Struktur, welche einen produktiven Umgang mit der eigenen Verbandsgeschichte und mit ihren Mitgliedern so verfehlt und auch 2017 über den vermeintlichen Unterschied von „verbrecherischer Arisierung“ und „Arisierung“ diskutiert – letztere sei scheinbar nicht so schlimm und im Fall von Ro19 zutreffend (vgl. Debatte hlz 5–6/2017) – nicht weiter möglich ist.

RONJA HEINELT, ROBERT HÜBNER, EVÏN JLUSSI, GESA MÜLLER,
TOBIAS WOLLBORN (Aktive der Jungen GEW/GEW Studis Hamburg)

Dazu heißt es am 28. September 2017 auf der Hamburger GEW-Webseite unter der Überschrift: GEW zum Rücktritt einiger Mitglieder der GEW Studis und Junge GEW:

„Auf der Facebookseite der GEW Studis Hamburg wie auch in einem jüngst erschienenen Sammelband „Max Traeger – kein Vorbild“ geben fünf Mitglieder des Leitungsteams der GEW Studis und der Jungen GEW ihren Rücktritt von ihren Ämtern bekannt. Wir bedauern diesen Schritt und möchten auf einige Falschbehauptungen in diesem Schreiben hinweisen.

Falsch ist die Behauptung, dass „das Leitungsgremium und die Aktivengruppe der Jungen GEW und der GEW Studis“ zurückgetreten sei. Richtig ist, dass fünf der zehn Aktiven des Leitungsteams zurückgetreten sind, die anderen jedoch nicht. Die Strukturen der GEW Studis und der Jungen GEW arbeiten weiter.

Falsch sind zudem einige der im Text erhobenen Vorwürfe, so z.B. die Behauptung, der Vorstand der GEW Hamburg habe sich „einer Debatte entzogen“. So gab es Treffen mit den jetzt Zurückgetretenen, mehrere öffentliche Diskussionsveranstaltungen zum Thema sowie intensive Debatten in den Gremien. Der Vorstand steht für Nachfragen zur Verfügung.



« Maintenant, tout ira bien dans cette école: les Juifs s'en vont ». Extrait d'un livre d'Elvira Stürmer destiné aux enfants, Nuremberg 1938.

1933-1945

L'Union des enseignants nazis

Les historiens et chercheurs allemands, après avoir défriché l'essentiel des grandes questions liées au nazisme durant l'ère hitlérienne, se penchent désormais sur des aspects restés un peu à l'écart, à l'image de cette étude approfondie du rôle de la revue nationale professionnelle de l'organisation nazie d'enseignants « Union des enseignants national-socialistes » (NSLB). Présentation.

Cette organisation a des racines dès 1923, mais la création d'un organisme structuré date de 1929, où elle compte 200 membres. L'arrivée de Hitler au pouvoir en janvier 1933 fait bondir le nombre des membres de quelque 5 000 en 1932 à 120 000 en juin 1933, et 220 000 à la fin de l'année. En 1937, elle regroupait 97 % des enseignants, soit près de 360 000 au début de la guerre. Quel rôle jouait l'association NSLB ? Le diagnostic des enseignants émigrés, publié en 1934, est simple : « Les écoles sont devenues des casernes, et les enseignants des sous-officiers instructeurs ». Une évolution qui se traduit par des titres successifs de la revue, à laquelle l'abonnement était obligatoire pour tous les membres. Du *Journal de combat* (*Kampfblatt*) des débuts, à la dénomination pure et simple *Journal national des enseignants allemands* (*Reichszeitung*), jusqu'à la formule finale de *L'Enseignant allemand*,

qui se qualifiait en 1938 modestement d'« *Épée intellectuelle* » de l'association.

Les rubriques étaient en partie des plus classiques : communiqués internes et proclamations éventuelles destinées à une diffusion active, critiques de livres et revues de presse, nouvelles de collègues en poste en Allemagne même ou à l'étranger, mais aussi, bien entendu, des articles de fond et des enquêtes concernant les domaines que les nazis considéraient comme fondamentaux. Tout ce qui concernait les questions de famille, de lignage, d'appartenance à des soi-disant « races » de valeurs inégales, les recherches généalogiques appliquées dans ce domaine, en vue de garantir à la nation allemande une soi-disant « pureté » raciale avait sa place dans ces colonnes. Également fondamentales, les considérations sur la structure politique et humaine des populations et des entités nationales du monde, l'arrière-pensée ●●●

●●● demeurant constamment la prééminence intellectuelle et humaine supposée appartenir de droit aux Allemands, « race supérieure ».

De l'eugénisme à l'euthanasie

Ces « grandes pensées » n'excluaient naturellement pas le combat quotidien contre tous les ennemis réels ou supposés du nazisme. Les partis de gauche, Parti communiste allemand, social-démocratie, groupuscules divers, étaient tous vaguement rangés sous une rubrique fourre-tout de « bolchevisme international ». Cette haine politique était combinée avec l'antisémitisme le plus primitif, l'ensemble des maux qui frappaient le peuple allemand provenant directement ou non d'un judaïsme axé sur la destruction du peuple de seigneurs que constituait la population allemande.

Le corps enseignant dans son ensemble se vit soumis à des contrôles touchant la plupart des domaines importants de l'existence, et amené à participer à des mesures de plus en plus discriminatoires, les ennemis politiques étant les premiers mis « hors d'état de nuire ». Par la suite, l'élimination des Juifs de la vie courante devint banale. Les enseignants durent même participer aux mesures découlant des lois et ordonnances appliquées aux théories eugéniques (stérilisations obligatoires), puis même (dans les premières années de guerre) aux crimes camouflés sous la dénomination fallacieuse d'« euthanasie », livrant souvent leurs élèves « handicapés » au gaz des centres spécialisés.

Prenons la question raciale. Il faut, selon les nazis, admettre que l'humanité a été créée par Dieu, sous la forme de races différentes, aux caractéristiques indélébiles, et qu'il est inadmissible d'agir à l'encontre de cette volonté supérieure et des hiérarchies existantes. L'appartenance à une race est une caractéristique fondamentale, et des différences comme les soi-disant « classes » ou les religions sont des notions nocives, de valeur tout à fait secondaire. Bien entendu il est fondamental de veiller à la pureté de la race. Ainsi « lorsque l'homme blanc partage son sang et ses idéaux avec des hommes bruns, jaunes, noirs ou rouges, c'est un suicide pur et simple... » Sans distinction de sens, métis, bâtards ou mulâtres sont rejetés aux oubliettes, et ce n'est pas un hasard si le besoin de main-d'œuvre étrangère, travailleurs volontaires ou forcés durant les années de guerre, qui a entraîné de fréquents rapports amoureux entre Allemand(e)s et allogènes, vit ceux-ci punis des peines les plus graves contre les « coupables ». La *Revue des enseignants* prend là-dessus sévèrement position en 1943 avec la publication de « 10 principes », dont la banalité et la naïveté font froid dans le dos (par exemple, le n° 5, « Qui n'est pas de sang allemand est de sang étranger »).

Veiller à la « pureté » de la race

La France jouait là un rôle d'épouvantail. La naissance entre autres en Rhénanie, occupée par la France dans les années 1920, d'enfants conçus

par les militaires français d'Afrique noire et des Allemandes (les « bâtards rhénans »), resta le symbole d'une France « négrifiée », l'apport de nombreux Maghrébins y étant ajouté pour faire bonne mesure, qui devait symboliser le danger d'un abandon à une dégénérescence indigne d'une race supérieure. Pour mieux protéger celle-ci, il fallait mieux en connaître chacun des membres. Un universitaire, Karl Astel, avait établi un modèle de tableaux généalogiques (*Sippschaftstafel*) qui devaient être donnés à remplir, comme tâche importante, aux élèves, garçons et filles. Ils devaient y établir dans le détail les données concernant leur famille, paternelle comme maternelle, jusqu'aux arrière-grands-parents. Le recensement national de 1938 fut à son tour l'occasion de pousser chaque citoyen à ce type de recensement, obligatoire dans certains domaines d'activité. La *Revue des enseignants* insistait sur le besoin national de ces informations...

Un des domaines d'action les plus pernicieux d'enseignants nazis a été celui des « Écoles spéciales » et « Écoles auxiliaires » (*Sonder et Hilfsschulen*), les premières recevant les enfants affligés d'un handicap majeur (sourds-muets, aveugles, etc.) et les secondes les victimes d'infirmités physiques ou sociales diverses, orphelins, petits délinquants, etc.

La revue de l'Union des enseignants national-socialistes revient constamment sur le rôle des éducateurs nazis en faveur des mesures visant à éliminer les maladies et infirmités congénitales définies par le parti, poussant à se débarrasser de ce « ballast social », en partie en recourant à des notions comme le caractère « inutilisable » (*unbrauchbar*) de certains. Un permanent du NSLB, Karl Tornow, se réjouit en 1941 de ce que « dorénavant toutes les victimes de "faiblesse d'esprit congénitale" au sens de la loi soient tenus à l'écart des possibilités de procréation pour le peuple allemand ». Et des sessions d'enseignement sur l'hérédité et la race sont destinées aux enseignants durant l'ensemble de la période du pouvoir nazi. Ces efforts soutenus au service de la mise à l'écart de personnes arbitrairement définies comme « sans valeur », et leur existence présentée comme nuisible, ont fini par rendre d'innombrables enseignants coupables de complicité d'assassinats de masse.

« Conjuraison internationale »

Pour nous limiter ici aux facteurs de l'antisémitisme propagé au sein du corps enseignant, puis par leur intermédiaire à la jeunesse, on peut relever une série de sujets de la propagande antisémite. Ainsi, les Juifs, intelligents, défendent consciemment des positions fausses et peuvent ainsi dévoyer l'action de citoyens pourtant supérieurs. L'accusation de crimes sexuels commis par des Juifs fait partie du quotidien nazi, passons sur des « tendances criminelles » juives et retenons le danger constant présenté dans le monde par la « finance juive », n'oublions pas que les Juifs « n'ont pas le goût du travail, qu'ils considèrent comme une malédiction », à l'opposé

Il faut, selon les nazis, admettre que l'humanité a été créée par Dieu, sous la forme de races différentes, aux caractéristiques indélébiles, et qu'il est inadmissible d'agir à l'encontre de cette volonté supérieure et des hiérarchies existantes.



Jeunesses hitlériennes saluant «leur» Führer en 1933.

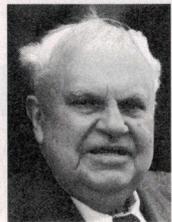
des « Nordiques, pour qui le travail est un devoir et un droit ». Finalement, le nazisme avait bâti une image complexe dans laquelle un réseau juif mondial clandestin viserait à prendre partout le pouvoir, la Seconde Guerre mondiale montrant bien l'existence d'une telle conjuration, unissant États-Unis, Grande-Bretagne et Union soviétique. Dans son numéro de mars 1943, alors que Stalingrad sonne un glas, un article de la revue de l'Union des enseignants nazis développe le besoin de poursuivre la lutte, car sinon « nous serions certains que l'orgie sanglante des Juifs envers nos hommes, femmes et enfants feraient de l'Allemagne un immense abattoir ».

Et après la guerre ? Comme dans l'ensemble de la République fédérale allemande, le besoin de fonctionnaires conduisit assez vite à la réintégration d'anciens nazis dans les administrations. En 1949 un « Syndicat Éducation et Sciences » (GEW) fut créé au sein du Syndicat unique national. Il n'est pas possible, dans ce cadre limité, d'entrer dans les détails de la vie de cet organisme.

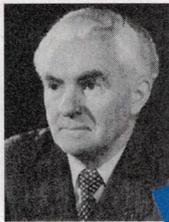
Citons, simplement, une sérieuse controverse au sujet d'un bâtiment, utilisé par le syndicat nazi depuis 1935, et par son successeur encore aujourd'hui. Cette construction avait été vendue, pour un prix dérisoire, par son propriétaire juif, contraint et forcé à le faire dans le cadre des mesures d'expropriation nazies, et les utilisateurs actuels se refusent obstinément à reconnaître les réalités historiques.

JEAN-LUC BELLANGER

■ Saskia MÜLLER et Benjamin ORTMAYER, *Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945, Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB, (L'encadrement du corps enseignant 1933-1945, Croyance en une race supérieure, racisme et antisémitisme du NSLB, Une analyse documentaire de l'organe central du NSLB)*, Beltz Juventa, Weinheim et Bâle, 2016 (non traduit).



Marcel Paul



F.-H. Manhès

Décembre 2017
n° 925
5 €

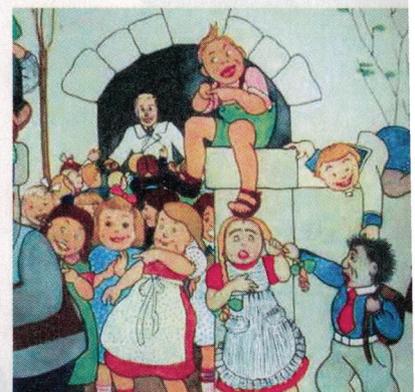
LE PATRIOTE RÉSISTANT

Journal édité par la Fédération nationale des Déportés et Internés, Résistants et Patriotes



2018?

Continuer le combat



Mémoire
**1933-1945 L'Union
des enseignants nazis**
Jean-Luc Bellanger p. 7



Joint à ce numéro,
le supplément **Concours
national de la Résistance
et de la Déportation** :
**« S'engager pour
libérer la France »**



L'invité du mois
Thomas Fontaine,
directeur du musée
de la Résistance nationale p. 1

Max Traeger: Die Debatte geht weiter

Am Rand einer Forschungsarbeit über „die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933 – 1945“ hatten *Benjamin Ortmeier* und *Saskia Müller* von der Frankfurter „Forschungsstelle NS-Pädagogik“ eine Debatte über die Person von *Max Traeger* (1887-1960) angestoßen, der von 1946 bis 1952 und von 1958 bis 1960 Vorsitzender der GEW war. Insbesondere auf Grund seines Engagements für die Verankerung der GEW im Deutschen Gewerkschaftsbund wurde später auch die Stiftung der GEW zur Unterstützung wissenschaftlicher Projekte nach ihm benannt. Gegenstand der Kontroverse, über die die HLZ in ihrer Ausgabe 3/2017 berichtete, war die Rolle Traegers bei der Überführung des Hamburger Lehrerverbands (1) in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) im Jahr 1933 und bei der Übernahme des Hauses Rothenbaumchaussee 19 („Ro 19“), das der NSLB 1935 von jüdischen Eigentümern erworben hatte, in den Besitz der GEW.

Der Landesvorstand der GEW Hessen hatte sich auf Grund erster Erkenntnisse für eine vollständige Aufarbeitung der Vorgeschichte der GEW, der Person von Max Traeger und der Geschichte der GEW in der Nachkriegszeit ausgesprochen und die Umbenennung der Stiftung empfohlen. Der GEW-Hauptvorstand erteilte inzwischen ei-

nem Team der Universität Leipzig einen entsprechenden Forschungsauftrag, warnte aber vor einer „Vorverurteilung“ Traegers und lehnte eine Umbenennung zum derzeitigen Zeitpunkt ab.

Inzwischen sind – im selben Verlag – gleich zwei Bücher erschienen, die die Kontroverse befeuern, ohne die Forschungsergebnisse abzuwarten:

- Im Rahmen einer gewerkschaftsinternen Veranstaltung stellte *Hans-Peter de Lorent* beim Gewerkschaftstag in Freiburg eine „Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ vor. De Lorent („DeLo“) war von 1990 bis 1996 Vorsitzender der GEW Hamburg und ist ein durch viele Veröffentlichungen und Forschungen ausgewiesener Experte für die Geschichte der Schule in der NS-Zeit. Dass er die gegen Max Traeger erhobenen Vorwürfe, denen in der Tat keine umfassende Forschung und Quellenanalyse zugrunde lag, im Schnellschuss durch eine „Biografie“ Traegers zu entkräften suchte, überraschte auch viele Freunde. Noch mehr Widerspruch provozierte seine Aussage, man müsse Traeger dafür „dankbar sein“, dass er dem NSLB „in wochenlangen Verhandlungen“ das Zugeständnis abrang, dass die „Gesellschaft der Freunde“ weiter „als eine rechtsfähige Organisation bestand“ und so auch die Kompetenz für

das Vermögen des ansonsten liquidierten Lehrerverbandes und für das Curiohaus behielt.

- Die Kritiker Traegers um Benjamin Ortmeier und den Bundesausschuss der Studierenden in der GEW (BASS) hielten – ebenfalls im Beltz-Verlag – mit dem Buch „Max Traeger – kein Vorbild“ dagegen. Ihr Vorwurf, die GEW weigere sich, „vor der eigenen Haustür zu kehren“ und wolle kritische Stimmen „mundtot“ machen, ist gerade für den Hamburger Landesverband nicht nachzuvollziehen. Die Mitgliederzeitschrift des GEW-Landesverbands Hamburg, die mit der hessischen Zeitschrift namensgleiche *hlz*, enthält seit Frühjahr 2017 in jeder Ausgabe einen oder mehrere Artikel zur Geschichte der GEW Hamburg. Zu Wort kommen dort auch die Hamburger GEW-Mitglieder *Bernhard Nette* und *Stefan Romey*, die bereits in der Debatte um den inzwischen erfolgten Verkauf der Ro 19 zu den wichtigsten Kritikern der Vorstandspositionen und auch von Max Traeger gehörten.

Bei einer weiteren Veranstaltung der Forschungsstelle NS-Pädagogik unterzogen Nette und Romey am 26. Oktober das Buch von Hans-Peter de Lorent einer ersten Bewertung, machten aber auch sehr klar, dass auch sie noch nicht über ein abschließendes Bild von



Zum Nachlesen

- Saskia Müller, Benjamin Ortmeier: Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-45. Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB. Beltz Juventa, Weinheim und Basel 2016
- Hans-Peter de Lorent: Max Traeger. Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887-1960). Beltz Juventa, Weinheim und Basel 2017
- Max Traeger – kein Vorbild. Person, Funktion und Handeln im NS-Lehrerbund und die Geschichte der GEW. Herausgegeben von Micha Brumlik und Benjamin Ortmeier. Beltz Juventa, Weinheim und Basel 2017

Max Traeger verfügen, da insbesondere sein Handeln und Wirken als Lehrer in der NS-Zeit nach der Auflösung der „Gesellschaft der Freunde“ nicht erforscht sei. Die Schlussfolgerung de Lorents, Traeger sei „zwar kein Widerstandskämpfer, sehr wohl aber ein Nazi-Gegner gewesen“, halten sie nach derzeitigem Forschungsstand aber für unbegründet:

- Traeger sei zwar 1933 wie alle anderen Schulleiter in Hamburg seines Amtes enthoben, aber eben nicht wie beispielsweise die ebenfalls der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angehörige *Emely Beckmann* „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ zwangspensioniert worden.

- Anders als der liberale Bürgermeister *Carl Petersen*, der eine Koalition der Liberalen mit der NSADP ablehnte und zurücktrat, blieb Traeger als Mitglied der Deutschen Staatspartei, die 1930 aus einer Fusion der DDP mit der Volksnationalen Reichsvereinigung entstanden war, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, bis diese im November 1933 endgültig aufgelöst wurde.

- Anders als von de Lorent beim Gewerkschaftstag in Freiburg aufgrund neuer Aktenfunde dargestellt, sei Traeger keineswegs bereits 1945 von den Alliierten als „entlastet“ eingestuft worden. Diese Kategorisierung erfolgte nach Recherchen von Nette und Romey erst 1948 im Rahmen eines Berufungsverfahrens und sei mit der Kategorie „Mitläufer“ gleichzusetzen.

- „Nicht belegt“ ist nach Nette und Romey auch die Aussage de Lorents, Traeger habe mit anderen Lehrern einen „Untergrundvorstand“ gebildet. Dabei schließen sie sich der Einschätzung der „liberalen Ikone“ *Hildegard Hamm-Brücher* an, die davon spricht, dass „bis auf ganz wenige Ausnahmen (...) von einem gesamtliberalen Versagen zwischen 1933 und 1945 gesprochen werden“ müsse. Zu diesen Ausnahmen zählt Hamm-Brücher auch die „Robinsohn-Strassmann-Gruppe“ in Hamburg.

Max Traeger ist deshalb auch für Nette und Romey „kein Vorbild“, ebenso wenig müsse man ihm für die Gleichschaltung des Lehrerverbandes „dankbar“ sein. Die Bedeutung Traegers für den Aufbau der GEW und deren gewerkschaftliche Orientierung als Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach 1945 steht auch für *Micha Brumlik*, der das Schlusswort bei der Veranstaltung der

Forschungsstelle hatte, auf einem anderen Blatt. Er erinnerte an den ersten Bundespräsidenten *Theodor Heuss*, der als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte:

„Mit wem sollte man denn den Staat und auch die Gewerkschaften wieder aufbauen, wenn nicht mit ehemaligen Mitläuferinnen und Mitläufern? Die Emigranten waren in der Emigration, die Kommunisten wurden verfolgt und die Juden waren ermordet worden.“

Doch dieser Fakt dürfe nicht dazu führen, die Mitverantwortung zu leugnen und vergessen zu machen. Das Diktum von *Theodor W. Adorno*, es sei die allererste Forderung an Erziehung, „dass Auschwitz nicht noch einmal sei“, müsse für alle gelten, für die Hochschulen, an denen das Interesse an der wissenschaftlichen Erforschung der Schoa derzeit „deutlich erlahmt“ sei, für die Schulen und für alle gesellschaftlichen Organisationen und damit auch für die Gewerkschaften, die sich ihrer Geschichte stellen müssten.

Lehrkräfte im NS-System

Ortmeyer und Müller haben in ihrer Forschungsarbeit über die ideologische Ausrichtung der Lehrerschaft in der NS-Zeit eine wichtige Debatte eröffnet. Deutliche Vorbehalte gegen ihre Forschungsmethode hat der Frankfurter GEW-Kollege *Ernst Olbrich* in einer ausführlichen Rezension in der *FLZ* 2/2017 vorgetragen. Er kritisiert insbesondere die Gleichsetzung der politisch-ideologischen Absichten der Propaganda des NSLB mit dem Resultat ihrer „hetzerischen Artikel“ in den Köpfen der Lehrerschaft. Eine Aussage über „die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte zwischen 1933 und 1945“ könne geschichtswissenschaftlich keineswegs eindimensional aus einer „dokumentarischen Analyse des Zentralorgans des NSLB“ (so der Untertitel des Buchs) gewonnen werden. Eine weitere interessante Facette zeigt *Jörg Berlin* in der *hlz* der GEW Hamburg (Heft 9/10-2017) auf, der sich die Zeitschrift der „Gesellschaft der Freunde“ bis zur Gleichschaltung vorgenommen hat und den Autoren großes Engagement „für Demokratie, Frieden, Toleranz und Aufklärung“ attestiert. So verweist er unter anderem auf einen Artikel über den „großen Philosophen“ *Spinoza* im November 1932 und ein Lob *Sigmund Freuds* im März 1933. Daraus zu schlie-



Die Biografie Max Traegers (1887–1960), der von 1946 bis 1952 der erste Vorsitzende der GEW nach ihrer Gründung war, soll jetzt wissenschaftlich erforscht werden.

Ben, dass „die Mitglieder der ‚Gesellschaft‘ engagiert für Abrüstung und Völkerverständigung“ wirkten, ist allerdings nicht weniger kurzschlüssig als die kritisierten Schlussfolgerungen aus der Inhaltsanalyse der Zeitschrift des NSLB. Allerdings wirft diese Analyse verstärkt die Frage auf, warum sich auch viele Lehrerinnen und Lehrer, die sich einem Verband mit demokratischen und fortschrittlichen Akzenten angeschlossen hatten, widerstandslos in den NSLB eingliedern ließen.

Die weiteren Forschungen dürfen sich also nicht nur auf die Rolle und die Person von Max Traeger beschränken, sondern müssen auch die ursprünglichen Fragen zur Geschichte und Verantwortung der Profession in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit aufgreifen. Andere Berufsgruppen wie Ärztinnen und Ärzte oder Juristinnen und Juristen sind hier möglicherweise schon ein Stück weiter. Schmerzhaft ist es allemal...

Harald Freiling

(1) Die 1805 gegründete „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ in Hamburg gilt als einer der ersten Lehrerverbände in Deutschland. Das 1911 erworbene Verbandsheim, in dem sich heute die Geschäftsstelle des GEW-Landesverbands befindet, wurde nach dem ersten Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ Johann Carl Daniel Curio benannt. 1948 trat die „Gesellschaft der Freunde“ der GEW bei, führt aber die historische Bezeichnung bis heute in ihrem Namen.

DIE MERKWÜRDIGE OBSESSION DER GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

In den letzten vier Jahren hat die GEW Berlin sechsmal zu Streiks an den Schulen der Jüdischen Gemeinde aufgerufen. Keinem anderen privaten Schulträger ist so viel Aufmerksamkeit seitens der Gewerkschaft vergönnt. Und auch kein früherer Gemeindevorstand wurde mit derartigen Forderungen überzogen. Und warum fixiert sich die GEW gerade auf den amtierenden Vorstand, der als erster überhaupt nach zwölf Jahren Stillstand die Gehälter der Lehrer erhöht hat?

Von den rund 150 Berliner Schulen in privater Trägerschaft hat die GEW mit weniger als einer Handvoll Trägern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Doch allein die Schulen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin werden beständig von der Gewerkschaft mit Streikaufrufen überzogen und angebliche Missstände dort mit großem Eifer angeprangert.

Laut GEW-Selbstdarstellung will die Gewerkschaft »... eine Gesellschaft, die ...sich gegen Diskriminierung und Rassismus stellt...« Allerdings gibt es tatsächliche Missstände an Berliner Schulen, auf die die GEW bisher noch nicht hingewiesen hat:

Wo ist das Engagement der GEW wenn es um den alltäglichen Antisemitismus an Berliner Schulen geht? Was unternahm die GEW im Fall des jüdischen Schülers, der in Friedenau mit Gewalt von seiner Schule gemobbt wurde. Welche Unterstützung durch die GEW erhalten Lehrer, die an ihren Schulen Themen wie die Schoa und den Nahostkonflikt nicht mehr angstfrei oder überhaupt nicht unterrichten können? Wenn laut einer Umfrage 40% der über 14-jährigen Schüler nichts mit dem Begriff »Auschwitz« anfangen können, wo bleibt da der Aufschrei einer »Erziehungsgewerkschaft«?

Solange sich die GEW nicht ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, anstatt allein anachronistische Partikularinteressen zu vertreten, kann sie kein ernsthafter Verhandlungspartner der Jüdischen Gemeinde zu Berlin sein.

Tatsächlich gehören die Lehrer an den Schulen der Jüdischen Gemeinde zu den bestbezahlten an Berliner Privatschulen. Auch mit Quereinsteigern, die berlinweit über 40% der neu eingestellten Lehrer ausmachen, hat die Jüdische Gemeinde nur gute Erfahrungen gemacht. Unsere Schulen sind für Lehrer nach wie vor attraktiv. Sie haben sich bewusst für eine private Schule in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde zu Berlin entschieden. Unsere Lehrer schätzen die Vorteile gegenüber öffentlichen Schulen und arbeiten gern hier: Kleine Klassengrößen, eine motivierte und engagierte Schülerschaft und

nicht zu vergessen die zusätzlichen freien Tage durch die jüdischen Feiertage. Diese Pluspunkte steigern die Lebens- und Arbeitsqualität unserer Lehrer.

Warum sich die GEW also trotz allem beständig an den Schulen der Jüdischen Gemeinde abarbeiten will, bleibt wohl weiterhin ihr Geheimnis.

Ilan Kiesling

MISST DIE GEW MIT ZWEIERLEI MASS?

Antisemitismus an den öffentlichen Schulen ist seit über zehn Jahren ein massives Problem in Berlin. Um dies anzugehen, ist ein gemeinsames Vorgehen der Bildungsverwaltung, der Schulen und auch der Bildungsgewerkschaften notwendig.

Dutzende jüdischer Schülerinnen und Schüler verließen in den letzten zehn Jahren wegen antisemitischen Mobbing öffentliche Schulen – und wurden von den Schulen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin – der Heinz-Galinski-Schule und dem Jüdischen Gymnasium Moses Mendelssohn – aufgenommen.

In all den Jahren hat die Jüdische Gemeinde keinen Ton des Protests seitens der GEW gehört. Der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde zu Berlin würde sich freuen, wenn sich die GEW hier im gebotenen Maße einbringen würde.

Die GEW Berlin meint, die jüdischen Schulen bestreiten zu müssen, weil die Jüdische Gemeinde zu Berlin keinen Tarifvertrag mit der GEW abgeschlossen hat. Es ist uns nicht bekannt, dass die Katholischen und Islamischen Schulen Berlins bestreikt wurden, obwohl auch diese keinen Tarifvertrag mit der GEW abgeschlossen haben. Wird da mit zweierlei Maß gemessen?

Darüber hinaus stünde es der GEW gut an, wenn sie sich eindeutig von ihrem ersten Bundesvorsitzenden Max Traeger und seiner Verwicklung im Nationalsozialistischen Lehrerbund distanzieren würde, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausräumung der immer noch von der GEW genutzten Immobilie in der Hamburger Rothenbaumchaussee.

*Sigmund A. Königsberg
 Antisemitismusbeauftragter
 der Jüdischen Gemeinde zu Berlin*

Siehe auch:

www.jpost.com/Diaspora/Berlin-Jews-blast-teachers-for-discriminatory-labor-strike-515015
www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/30198

JÜDISCHE ALLGEMEINE



GEW

Was geschah im Lehrerbund?

Der Streit um den ersten Vorsitzenden Max Traeger und dessen Rolle in der NS-Zeit geht weiter

16.11.2017 – von [Astrid Ludwig](#)

Die Enttäuschung ist Micha Brumlik anzusehen, das Unverständnis darüber, wie sich die größte Bildungsgewerkschaft verhält, dass sie »Kritik gar nicht aufkommen lassen will«. Brumlik ist renommierter Erziehungswissenschaftler und die GEW somit auch seine Gewerkschaft. Was aktuell jedoch in den Reihen der Lehrervertretung abgeht, hält er für »empörend und ganz und gar antiaufklärerisch«. Der 70-Jährige hat die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Frankfurter Goethe-Universität mitbegründet. Die hat an diesem Abend auf ihrem Westend-Campus zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema eingeladen.

Der Streit darüber, ob Max Traeger ein Nazi-Mitläufer war oder ein Vorbild für die Gewerkschaft (vgl. *Jüdische Allgemeine vom 4. Mai*), ist so richtig hochgekocht, seit Saskia Müller und Benjamin Ortmeyer, Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik, 2016 ihr Buch über *Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945* herausgebracht haben. Darin geht es um den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), in dem 97 Prozent aller Lehrer organisiert waren und der laut den Autoren für die Verbreitung eines rassistischen und antisemitischen Weltbildes im Klassenzimmer mitverantwortlich war. Die meisten NSLB-Mitglieder gelangten nach Kriegsende wieder in den Schuldienst und somit auch in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Stiftung Max Traeger war ebenfalls Mitglied des NSLB und maßgeblich daran beteiligt, dass die Hamburger »Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens« in den NSLB überführt wurde. Traeger war nach dem Krieg der erste Vorsitzende der GEW und setzte sich auch dafür ein, dass eine »arisierte« Villa nach 1949 in den Besitz der GEW überging. Nach ihm ist die gewerkschaftseigene Stiftung benannt.

Offen zutage trat der Streit um die Person Traegers, als der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW (BASS) in einem offenen Brief die Umbenennung der Stiftung forderte, berichtet Sven Lehmann vom BASS an diesem Abend in Frankfurt. Er spricht von »Zensur« und von einer

»Abwehrdebatte«. Der Hauptvorstand der GEW lehnte es ab, den offenen Brief auf die Website der Gewerkschaft zu stellen.

Innengewerkschaftlich entbrannte ein heftiger Zwist, ob Traeger Täter, Opfer oder gar verdeckter Widerständler war, wie das Hans-Peter de Lorent, Grünen-Politiker, Ex-Vorsitzender der GEW Hamburg, in einem Manuskript behauptet. De Lorent ist Verfasser einer Traeger-Biografie und tritt in dem Konflikt als Sachverständiger auf. Der Antrag des BASS auf Umbenennung der Stiftung, von der GEW Hessen unterstützt, fand im Hauptvorstand der Gewerkschaft keine Mehrheit.

Arisierung »Es ist Zeit für die ganze Wahrheit«, sagen Bernhard Nette und Stefan Romey, beide seit über 40 Jahren Mitglieder der GEW Hamburg und seit Jahrzehnten in die Debatte um Traeger und auch die »arisierte« GEW-Immobilie in der Rothenbaumchaussee der Hansestadt involviert. Sie haben 2010 auch ein Buch darüber geschrieben, *Die Lehrgewerkschaft und ihr Arisierungserbe*. Darin werfen sie der GEW vor, sich unrechtmäßig an einem Haus bereichert zu haben, das jüdische Bürger 1935 auf der Flucht aus Nazi-Deutschland verkaufen mussten.

Nette und Romey sind nach Frankfurt gekommen und zerpfücken die Studie von de Lorent. Sie sei wissenschaftlich mangelhaft, fuße auf Anekdoten statt auf verlässlichem Quellenmaterial. Es fehlten wesentliche Fakten, etwa die, so Romey, dass Traeger bis Oktober 1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft war – »und dort gab es zu diesem Zeitpunkt nur noch die NSDAP«.

Traeger wurde 1933 als Schulleiter entlassen, argumentieren seine Verteidiger. Er blieb aber bis 1945 weiterhin Lehrer, erhielt 1939 sogar das Ehrenzeichen für 25-jährige treue Dienste vom Führer, sagen seine Kritiker. Auch Romey hält dagegen: »Widerständler wären aus dem Schuldienst entlassen worden.« Wie etwa Emmy Beckmann, Leiterin des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins (ADLV), die 1933 wegen »politischer Unzuverlässigkeit« zwangspensioniert wurde. Das Vermögen des ADLV überführte sie in eine Stiftung. »Es gab also Alternativen«, sagt Romey. Traeger habe den Hamburger Lehrerverein dagegen »geräuschlos« in den NSLB überführt. Seine Verteidiger betonen jedoch, das sei »zwangsweise« geschehen.

Kriegsende Nette und Romey werfen Traeger und der GEW ein unmoralisches Handeln auch bei der »arisierten« Hamburger Immobilie vor. Nach Kriegsende hätten die früheren Eigentümer keinen Antrag auf Rückgabe gestellt, lautete das damalige Argument, das Haus in GEW-Besitz zu nehmen. Doch die beiden Autoren kritisieren, dass »Traeger nicht einmal bei den jüdischen Vorbesitzern in den USA nachgefragt hat«. Die Gewerkschaft, sagen sie, verteidige »auf Teufel komm raus« ihren früheren Vorsitzenden.

»Max Traeger – kein Vorbild«, zu diesem Schluss kommt auch Micha Brumlik, der vor Kurzem ein gleichnamiges Buch über die »Person, Funktion und Handeln im NS-Lehrerbund und die Geschichte der GEW« verfasst hat. Er und Herausgeber Benjamin Ortmeier kritisieren darin auch, dass die Spitze der GEW an einem »wirklichen Diskurs mit jungen GEW-Mitgliedern wenig Interesse« hätte. Stattdessen wolle sie die Studenten gängeln und zensieren.

Der Bundesausschuss der Studierenden (BASS) lässt jedoch nicht locker. Im November soll erstmals die Projektgruppe »Geschichte der GEW« in Düsseldorf tagen, die die Gewerkschaft gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zuge der Kontroverse eingerichtet hat. Die GEW ist der Geldgeber. Das Kooperationsprojekt soll die GEW-Geschichte der Nachkriegszeit bis in die 90er-Jahre aufarbeiten. Die Person Max Traeger sei Anlass, aber keinesfalls alleiniger Fokus der Projektgruppe, zu der Wissenschaftler und GEW-Vertreter zählen, so die Hans-Böckler-Stiftung.

Verteidigung Der BASS kritisiert hingegen die Zusammensetzung der Kommission, in die zwar Gewerkschaftsfunktionäre berufen worden seien, die ein Interesse an der Verteidigung Max Traegers hätten, aber keine Kritiker, die die Debatte angestoßen hätten.

Die Böckler-Stiftung verweist hingegen darauf, dass sie bewusst Historiker und Erziehungswissenschaftler angefragt habe, »die selbst nicht an der Kontroverse beteiligt sind«. Das erste Treffen der Projektgruppe war übrigens für den 9. November angesetzt.

<http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/30102>

Eine schmerzhafteste Debatte

Vortrag zur ideologischen Ausrichtung der Lehrkräfte in der NS-Zeit

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Fritz Bauer Instituts zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar stellten *Saskia Müller* und Professor *Benjamin Ortmeier*, der in diesen Tagen erneut für die GEW in den Senat der Goethe-Universität gewählt wurde, ihr Buch über den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) vor. Professor *Werner Konitzer*, Direktor des Fritz Bauer Instituts, sagte in seiner Begrüßungsrede, es sei an der Zeit, dass auch Pädagoginnen und Pädagogen so wie zuvor bereits Juristen und die Ärzteschaft die Geschichte und Rolle ihrer Profession vor, in und direkt nach der NS-Zeit gründlich analysieren.

Die „dokumentarische Analyse“ der Veröffentlichungen des NSLB, die im Rahmen eines DFG-Forschungsprojekts der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität entstand, lässt sich in der Tat als Auftakt für eine solche Erforschung der ideologischen Ausrichtung der Lehrkräfte zwischen 1933 und 1945 lesen. Dabei überraschen weniger der durchaus mit dem „Stürmer“ vergleichbare „vulgär-antisemitische Ton“ der Publikationen des NSLB (S. 28) und die sich durch alle Veröffentlichungen ziehende Ideologie des Herrenmenschentums, des Rassismus und der Judenfeindschaft als das Ausmaß, in dem sich Lehrerinnen und Lehrer in den Dienst der Nationalsozialisten und ihrer verbrecherischen Politik stellten. In mehrwöchigen „Lehrerlagern“ ausgebildet, für die

sie vom Unterricht freigestellt wurden, beteiligten sie sich an der „Säuberung“ der Schulbüchereien, an der Erstellung judenfeindlicher Lehrpläne, an der Bespitzelung und Denunziation von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Kolleginnen und Kollegen, an der Durchforstung der Kirchenbücher nach Menschen mit jüdischen Vorfahren und an der Selektion von behinderten Kindern und Jugendlichen. All dies erfolgte ohne Zwang und ohne Not.

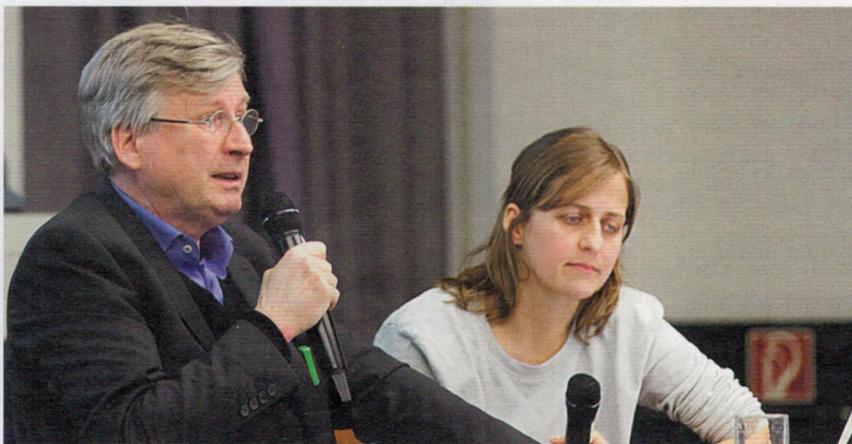
Vorbereitung der Verbrechen

Die NS-Ideologie, die der NSLB in seiner Zeitschrift der Leserschaft einhämmern wollte, diente nicht nur der Legitimation der Verbrechen, sondern auch deren Vorbereitung und Durchführung. Unmittelbar zeigt *Saskia Müller*, deren Dissertation fast vollständig die Grundlage für das jetzt mit *Benjamin Ortmeier* veröffentlichte Buch ist, dies am Beispiel der Rolle der Lehrerinnen und Lehrer an den „Hilfsschulen“, die dem NSLB als „Sammel- und Sichtsbecken für unerwünschten Nachwuchs“ galten (S. 121). Schon 1934 bot der NSLB „den Juristen und den Medizinern in den Erbgesundheitsämtern“ die „ganze Kraft zur Hilfe und Mitarbeit“ an (S. 120). Schließlich wisse „doch der Hilfsschullehrer (...) über die charakterliche und geistig-seelische Beschaffenheit sowie die Brauchbarkeit des einzelnen Zögling genau Bescheid“ (S. 121).

In diesem Kontext wird aber auch eine weitere eminent wichtige Rolle der Veröffentlichungen des NSLB deutlich. Wären alle Lehrerinnen und Lehrer bei ihrem kollektiven Übertritt oder individuellen Eintritt in den NSLB überzeugte Nazis gewesen, hätte es des großen Aufwands nicht bedurft. Die Nähe und die persönliche Zugewandtheit gerade vieler Hilfsschullehrkräfte zu den Kindern und Jugendlichen in ihren Schulen machte es nämlich notwendig, den Kampf gegen ein „töricht verhätschelteltes Elend einer schwächlichen Humanität“ zu führen (S. 120). Genauso wie in der Ärzteschaft galt es, mögliche professionsbedingte Vorbehalte gegen die NS-Ideologie zu brechen:

- Neben der Vermittlung des „Rassestolzes“ gelte es auch die „Achtung vor der Eigenart der andersrassischen Völker“ zu vermitteln (S. 64). Gott habe sowohl die weißen als auch die schwarzen Menschen geschaffen: „Die Mischlinge aber schuf der Teufel.“ (S. 69)
- Die Sympathie, die es gerade bei kulturell orientierten Menschen für den Nachbar Frankreich gibt, sollte mit dem Hinweis auf die „Vernegerung Frankreichs“ ausgemerzt werden (S. 70).
- Offensichtlich wollte auch während des Kriegs nicht allen das Verbot des Verkehrs zwischen Deutschen und solchen „Fremdvölkischen, die uns erscheinungsbildlich so nahe verwandt sind (...) ohne weiteres einleuchten“ (S. 69), weshalb die „Reinhaltung des deutschen Bluts“ immer und immer wieder thematisiert wurde: „Sei stolz, dass du ein Deutscher bist!“ (S. 70)
- Und auch mit immanenten Widersprüchen der NS-Ideologie musste sich der NSLB auseinandersetzen. Wandtafeln zur Identifikation der „Rasstypen“ führten nämlich im Unterrichtsalltag zu unerwünschten Nebeneffekten: So ist von einem „Dünkel bei hochgewachsenen und blonden Schülern“ die Rede und von „Minderwertigkeitsgefühle(n) bei solchen Schülern, die dem nordischen Typ recht fern stehen“ (S. 83).

All diese Widersprüchlichkeiten machten es für den NSLB, der 1939 360.000 Mitglieder hatte und damit 97% der Pädagoginnen und Pä-



Saskia Müller und *Benjamin Ortmeier* arbeiten in der Forschungsstelle NS-Pädagogik. (Foto David Wedmann)

dagogen organisierte (S.22), erforderlich, „die nationalsozialistischen Heilslehren“ nicht nur allen kommenden Generationen, sondern auch allen Angehörigen der pädagogischen Profession einzuhämmern, so dass sie diese „ebenso als Selbstverständlichkeit hinnehmen wie das Brot, das ihnen zur Erhaltung des Körpers gereicht wird“ (S.94).

Ein Drittel der Mitglieder des NSLB rechnen Müller und Ortmeyer zu dessen „hartem Kern“, was zugleich auch dem Anteil der NSLB-Mitglieder entspricht, die das Parteibuch der NSDAP besaßen (S. 11). Widerstand und Widerständigkeit in der Lehrerschaft ist nicht das Thema des Buchs von Müller und Ortmeyer, allerdings finden sich auch in anderen Forschungsarbeiten, unter anderem unseres GEW-Kollegen *Hermann Schnorbach* (1), nur Einzelbeispiele für einen aufrechten Gang. Von einem „harten Urteil“ der Geschichte war schon 1933 in der Zeitschrift „Neue Erziehung“ die Rede, die emigrierte Lehrerinnen und Lehrer im Prager Exil herausgaben:

„An der Verseuchung der Jugend mit nationalsozialistischem Gewaltgeiste tragen die Hauptschuld die von der Deutschen Republik bezahlten Lehrer.“ (S.9)

„Mit fliegenden Fahnen“

Wer sich auch nur ansatzweise mit der Geschichte des Lehrerberufs und der Rolle der Beamtinnen und Beamten in der Zeit der Weimarer Republik befasst hat, den wird die Affinität großer Teile der Lehrerschaft zu vielen Elementen der NS-Ideologie nicht verwundern, ohne die demokratischen und fortschrittlichen Traditionen einzelner Pädagoginnen und Pädagogen und Reformvorhaben damit zu ignorieren. Trotzdem bezeichnete Ortmeyer in seinem Vortrag das „Eingeständnis“ des freiwilligen Übergangs aller Lehrerverbände in den NSLB als wesentliches Element der Professionsdebatte. Über das Buch hinaus, dessen Schwerpunkt ausdrücklich „nicht auf der Analyse der Organisation und des Aufbaus des NSLB“ liegt (S.13), forderte Ortmeyer in seinem Vortrag erneut, auch auf lokaler Ebene zu klären, „wie genau sich die alten Lehrerverbände freiwillig dem NSLB angeschlossen haben und in welchem Umfang sie ihr Vermögen freiwillig an den NSLB übertragen haben“. Diese Fragen stellt Ortmeyer in einem von ihm verfassten abschließen-

den Kapitel (S. 170-188), in einem Hintergrundgespräch mit der TAZ vom 10.10.2016 und in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 11.10.2016 in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem von der GEW Hamburg inzwischen verkauften Haus Rothenbaumchaussee 19 („Ro 19“) und der Person von *Max Traeger*, der von 1946 bis 1952 und von 1958 bis 1960 Vorsitzender des Allgemeinen Lehrerverbandes bzw. der GEW war. Bei der Auflösung der „Gesellschaft der Freunde“, des Hamburger Lehrerverbandes, wurde er als einer der „Liquidatoren“ eingesetzt „mit der Maßgabe, dass alle Einrichtungen und Vermögenswerte an den N.S.L.B. übergeben werden“ (S. 187). 1935 erwarb der NSLB das Haus Ro 19 von einer jüdischen Erbgemeinschaft, das nach 1945 dann in den Besitz der GEW gelangte. Von einer „Arisierung“ zu sprechen, fällt dem Hamburger Landesverband bis heute schwer und die „Lebenslüge“ einer „zwangsweisen“ Eingliederung in den NSLB finde sich bis heute auf einer an der Ro 19 angebrachten Tafel.

Die Geschichte der GEW

Dass Ortmeyer in seinem Buch und offensichtlich auch in seinem Gespräch mit der TAZ den Verkauf des Hauses durch die GEW im Jahr 2013 und die damit verbundene Spende an eine jüdische Organisation nicht erwähnte, führte zu heftigen Reaktionen nicht nur der Hamburger GEW: „Aufarbeitung ja, aber auf Grund vollständiger Recherchen“. Die Aussage, die Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt in der Reifenberger Straße sei nach Max Traeger benannt, wurde inzwischen von Ortmeyer korrigiert. Tatsächlich ist dort allerdings die Max-Traeger-Stiftung der GEW untergebracht. Ziel der Stiftung, die Forschungsprojekte und wissenschaftliche Publikationen unterstützt, ist „die Förderung der wissenschaftlichen Erforschung der Erziehungswirklichkeit, der Schulwirklichkeit und der Hochschulwirklichkeit“. Der Forderung nach einer schnellen Umbenennung der Stiftung hat sich inzwischen auch der Landesverband Hessen der GEW angeschlossen.

Ortmeyer erneuerte in seinem Vortrag die Forderung an die GEW als der größten Bildungsgewerkschaft, auch ihre eigene Geschichte nach 1945 aufzuarbeiten, insbesondere auch die Rolle bei der Rückkehr von NSDAP-Mit-

Saskia Müller | Benjamin Ortmeyer

Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945

Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes

Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB

BELTZ JUVENTA

gliedern in den Schuldienst sowie die „personellen Kontinuitäten an der Spitze und lokal“.

Inzwischen fasste der GEW-Hauptvorstand einen Beschluss zur Aufarbeitung der Geschichte der GEW und der Lehrerverbände vor, während und nach der NS-Zeit. Sie will „renommierte, unabhängige Historikerinnen und Historiker“ für dieses Forschungsvorhaben gewinnen. Erste Hinweise finden sich in einer umfangreichen, kommentierten Bibliografie des Historikers *Jan Kellershohn* (www.gew.de > Suche: Kellershohn). Im Rahmen dieses Projekts soll auch die Vita von Max Traeger erforscht werden. Die Forschungsergebnisse werde man „ergebnisoffen diskutieren und bewerten“.

Ortmeyer will dabei nicht stehenbleiben, sondern fordert alle Landesverbände, Bezirksverbände und Gliederungen auf, „lokale Forschungen in den örtlichen Archiven“ durchzuführen und „das Verhältnis von GEW und NSLB durch eine Fülle lokaler Studien zu konkretisieren“ (2).

Harald Freiling, HLZ-Redakteur

- (1) Hermann Schnorbach: *Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz*. Dokumente des Widerstands von 1933-1945. Königstein 1983
(2) Weitergehende Forderungen von Benjamin Ortmeyer und die Kontroversen mit dem GEW-Hauptvorstand findet man auf der Internetseite <https://keinvorbild.wordpress.com>

Saskia Müller/Benjamin Ortmeyer: *Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-45. Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB*. Beltz Juventa 2016, Weinheim und Basel

Rezension

Saskia Müller, Benjamin Ortmeyer: Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945

Thema

Die Autoren setzen sich in ihrer Publikation mit dem Zentralorgan des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) und dessen Bedeutung im Nationalsozialismus auseinander. Dabei gehen sie besonders auf die Rolle des Zentralorgans des NSLB in der Verbreitung der Werte des NS-Regimes und die Ideologisierung der Schüler ein und treten damit dem sich hartnäckig haltenden Vorurteil entgegen, der NSLB wäre eine harmlose Institution gewesen.

Autor und Entstehungshintergrund

Bei der Publikation handelt es sich um einen Teil des DFG-Projektes „Rassismus und Antisemitismus in erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Zeitschriften 1933-1944/45“, welches durch die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main durchgeführt und die wiederum von *Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer* geleitet wird. Teile der vorliegenden Arbeit sind dem Dissertationsmanuskript von *Saskia Müller* entnommen.

Aufbau und Inhalt

Die Publikation gliedert sich in drei Teile und insgesamt acht Kapitel:

Gleich zu Beginn in der **Einleitung** verdeutlichen die Autoren ihre Grundthese, dass der NSLB für die Indoktrination der Jugend mit NS-Werten maßgeblich verantwortlich ist: „Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) war eine verbrecherische Organisation, [dessen] Mitglieder haben sich wissentlich und bewusst an der Unterstützung des NS-Regimes beteiligt.“ (S. 9) Dazu führen sie unter anderem aus, dass nur drei Prozent der Lehrerinnen und Lehrer nicht Mitglied im NSLB waren – „ein Beweis dafür, dass die ‚faule‘ Ausrede, man musste angeblich Mitglied sein, nicht stimmt.“ (S. 11) Die Publikation stützt sich auf die Analyse vor allem des Zentralorgans des NSLB, „eine der wesentlichen, wenn nicht die wesentlichste erziehungspolitische Zeitschrift, die in einer Massenaufgabe von mehreren hunderttausend Exemplaren verbreitet wurde“. (S. 12) Es steht also nicht der NSLB selbst im Fokus, sondern es ist eine inhaltliche Analyse der über die im Zentralorgan verbreiteten rassistischen und vor allem jüdenfeindlichen Ausrichtung der Lehrerinnen und Lehrer.

Die Kapitel eins bis vier des **Teils A** beschäftigen sich zunächst mit dem NSLB und seinem Zentralorgan: mit der fast überall freiwillig verlaufenden Gleichschaltung der Lehrerverbände, mit den Mitgliedern und der Führungsstruktur des NSLB sowie der Funktion des Verbandes und dessen programmatische Basis: „Die hauptsächliche Aufgabe des NSLB bestand in der ideologischen Ausrichtung der pädagogischen Fachkräfte und einer ebensolchen Durchdringung der Schulen und Erziehungseinrichtungen mit der NS-Ideologie.“ (S. 54)

Im **Teil B** (Kapitel fünf bis sieben) werden die drei Schwerpunkte der NS-Ideologie aufgegriffen, in denen sich das Zentralorgan des NSLB als Wegbereiter und Verfechter besonders hervorhebt: Rassismus, Eugenik und vor allem Judenfeindlichkeit.

Schule war ein wesentlicher Baustein im NS-System und „die Erziehung zum ‚Rassebewusstsein‘ eine zentrale Aufgabe der NS-Pädagogik mit dem Ziel, die Kinder und Jugendlichen zu deutschen Herrenmenschen heranzuziehen.“ (S. 62) Das Zentralorgan lieferte den Lehrkräften zu Themen wie „Rassenlehre“, „Rassenhygiene“, „Volksgemeinschaft“, „Rassenseele“ usw. die Erklärungsansätze, didaktische Materialien und sonstige Tipps. Perfider Weise wurden „Formen und Methoden der sogenannten Reformpädagogik mit rassistischen Inhalten gefüllt.“ (S. 94) So leisteten die Lehrkräfte beispielsweise mit den im Unterricht angefertigten Ahnen- und Sippschaftstafeln „Vorarbeit für die rassistische Erfassung der gesamten Bevölkerung.“ (S. 100)

Die Sonder- und Hilfsschullehrkräfte wiederum spielten eine besondere Rolle im Rahmen des Euthanasieprogramms, wofür ebenfalls das Zentralorgan den ideologischen Boden bereitete. „Dies wird in der Zeitschrift insbesondere anhand der 1940 bis 1942 stattfindenden Debatte um die Notwendigkeit der Hilfsschule und den Anbietungsversuchen der Lehrerinnen und Lehrer als Fachkräfte bei der ‚Rassenhygiene‘ wahrnehmbar.“ (S. 118) Sie sammelten Informationen über betroffene Schüler, meldeten diese, erstellten Gutachten usw. – kurz: sie waren an den Säuberungsaktionen in den Schulen maßgeblich beteiligt, denn damit „wurde die Ermordung dieser Kinder und Jugendlichen in den [...] Euthanasieaktionen von den Lehrkräften vorbereitet.“ (S. 123)

Besonders heftig ausgeprägt schlug sich die Judenfeindlichkeit im Zentralorgan nieder: „Die judenfeindlichen Maßnahmen der Nazis verliefen und steigerten sich in verschiedenen Etappen, von der Beschimpfung und Diskriminierung [...] über die Entrechtung und Vertreibung zur organisierten Vernichtung, die auch für die Lehrkräfte im Zentralorgan aufbereitet wurden.“ (S. 162) So wurde regelmäßig antisemitische Hetze betrieben, über die angeblich angeborene Kriminalität der Juden und die jüdische Weltverschwörung aufgeklärt, Juden als Parasiten und Seuche bezeichnet und in der Endkonsequenz deren Entrechtung, Vertreibung bis hin zur Vernichtung teils versteckt, teils sehr offen gefordert. (z.B. Vgl. 168)

Im letzten **Teil C** (Kapitel acht) schließlich geht es um das Erbe des NSLB nach 1945. Nachdem in den vorherigen Kapiteln die wesentliche Rolle der Lehrkräfte im NS-System deutlich gemacht worden ist, stellen die Autoren jetzt fest, dass „die Erforschung der Anstrengungen der Alliierten, die Nazis bis 1949 aus den Reihen der Lehrerinnen und Lehrer zu entfernen“ nicht nur besonders sondern vor allem kaum erforscht ist. Nach der Auflösung des NSLB 1945 wurde 1949 die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegründet, die sich lediglich zu Beginn und auch dann nur minimal mit der Nazi-Vergangenheit der Lehrkräfte auseinandersetzte, ganz zu schweigen von der Aufarbeitung ihrer Rolle im NS-System. Die Autoren gehen basierend auf der vorhandenen Quellenlage davon aus, „dass die GEW prozentual wohl den größten Anteil an ehemaligen Mitgliedern der NSDAP im Vergleich zu den anderen DGB-Gewerkschaften in ihren Reihen hatte.“ (S. 176) Und nicht zuletzt der gewerkschaftliche Rechtsschutz der GEW trug nach Ansicht der Autoren zur Renazifizierung der Schulen bei, da dieser von den Mitgliedern genutzt wurde, „um sich gegen die angeblich ungerechte Zurückweisung durch die Alliierten und deutsche Behörden durchzusetzen, was soweit es rekonstruiert werden kann, weitestgehend gelang.“ (S. 176 f.) Beispielhaft dafür gehen die Autoren auf den geschichtsrevisionistischen Umgang der Hamburger GEW bezüglich des Erwerbs eines sich ursprünglich in jüdischem Besitz befindlichen Grundstücks ein. Sie plädieren letztlich dafür, den daran beteiligten GEW-Akteur *Max Traeger*, der nicht nur an der Gleichschaltung seines Lehrerverbandes vor 1933 beteiligt war, sondern auch bis 1945 Mitglied im NSLB, ebenso neu zu bewerten wie die Kontinuität zwischen NSLB und GEW aufzuarbeiten. So wäre es „ein öffentliches Zeichen von selbstkritischem, pädagogischem und politischem Verantwortungsbewusstsein, wenn

die GEW ihrer Zentrale und ihrer bundesweit bekannten Stiftung den Namen eines Menschen übertragen würde, der wirklich als Vorbild für Lehrerinnen und Lehrer, für Erzieherinnen und Erzieher gelten kann. Das würde heißen: Heinrich-Rodenstein-Haus statt Max-Traeger-Haus!“ (S. 188)

Diskussion

Etwas unbefriedigt bleibt man als Leser dahingehend zurück, dass sich der Erkenntnisprozess der Analyse nicht richtig nachvollziehen lässt: Zwar wird kurz darauf eingegangen, dass es sich um eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB handelt, aber weder ist das konkrete Vorgehen beschrieben noch werden beispielsweise quantitative Ergebnisse daneben gestellt, um die qualitativen Erkenntnisse besser einordnen zu können.

Die vorliegende Publikation leistet jedoch einen ganz wesentlichen Beitrag zur Aufhellung der Rolle der erziehungswissenschaftlichen Zeitschriften, insbesondere des Zentralorgans, im NS-System. So wird mehr als deutlich, inwiefern sich ihre Autoren an der Verbreitung und Indoktrination der Kernelemente der NS-Ideologie beteiligten, in dem sie in ihren Artikeln dazu beitrugen, die kruden Erklärungsmuster der Nazis zu einem großen Ganzen zu erklären und widersprüchliche Stellen mit Pathos und Nationalgefühl zu überziehen. Darüber hinaus wurde erkennbar, wie über das Zentralorgan die Lehrkräfte mit dem NS-Gedankengut soweit infiziert wurden, dass sie sich sogar als Handlanger und Wegbereiter für beispielsweise das Euthanasieprogramm anbiederten. Das ist umso bedenklicher, hält man sich die fehlende Bereitschaft zur Aufarbeitung der eigenen Rolle nach 1945 vor Augen.

Fazit

Die Publikation ist neben ihrem Beitrag zur oben beschriebenen wissenschaftlichen Aufarbeitung vor allem ein Plädoyer für die Stärkung der Demokratieerziehung in der Schule und hat gerade in den heutigen Zeiten, in denen Rechtspopulismus und sogenannte „Alternativfakten“ Hochkonjunktur haben, an Aktualität gewonnen. Denn sie macht eindrucksvoll deutlich, wie prägend Schule und Erziehung in diesem Prozess sind und welche wesentliche Rolle und Verantwortung die Lehrkräfte und nicht zuletzt auch die Bildungspolitik dabei haben.

Rezensentin

Anja Herold-Beckmann

M. A., Master of Criminology and Police Science

E-Mail [Mailformular](#)

Micha Brumlik, Benjamin Ortmeyer (Hrsg.): Max Traeger – kein Vorbild



Micha Brumlik, Benjamin Ortmeyer (Hrsg.): Max Traeger – kein Vorbild. Person, Funktion und Handeln im NS-Lehrerbund und die Geschichte der GEW. [Beltz Juventa](#) (Weinheim und Basel) 2017. 180 Seiten. ISBN 978-3-7799-3770-8 . D: 19,95 EUR, A: 20,60 EUR, CH: 27,90 sFr.
Recherche bei [DNB](#) [KVK](#) [GVK](#).

Thema

Der Gründer und erste Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), *Max Traeger*, trat am 1. Mai 1933 freiwillig in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) ein und betrieb die ebenfalls freiwillige Eingliederung der seit 1805 bestehenden „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ (GdF), also des Hamburger Lehrervereins, in den NSLB. *Traeger* gehörte von Oktober 1927 bis zur Auflösung im Oktober 1933 der Hamburgischen Bürgerschaft an, als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, die sich vor der Reichstagswahl 1930 mit der nationalistischen und antisemitischen Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei zusammenschloss. Dass die Nationalsozialisten *Traeger* respektierten, zeigt seine Bürgerschaftszugehörigkeit bis zum Schluss.

Im NLSB war *Traeger* am Erwerb die Villa Rothenbaumchaussee 19 (Ro 19) beteiligt, die von ihren jüdischen Eigentümern vor ihrer verfolgungsbedingten Auswanderung an die Lehrerhaus GmbH der Gesellschaft der Freunde (Abteilung Wirtschaft und Recht im NSLB) verkauft wurde. Nach dem Krieg erreichte es *Traeger*, dass die Immobilie in den Besitz der GEW überging.

Die Verfasserinnen und Verfasser der Beiträge dieses Sammelbands sind der Meinung, dass *Max Traeger* kein Vorbild sein kann. Sie fordern eine Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung der GEW. Im Weiteren fordern sie eine intensive Auseinandersetzung der GEW mit ihrer Gründungsgeschichte und ihren Gründerinnen und Gründern. Viele von ihnen waren dem nationalsozialistischen Gedankengut verhaftet und als ideologische Stützen des NS-Regimes tätig.

Herausgeber

Micha Brumlik (geb. 4. November 1947 in Davos) war bis zu seiner Emeritierung im Frühjahr 2013 Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von 1981 bis 2000 lehrte er Erziehungswissenschaft an der Universität Heidelberg. Im Jahr 2000 übernahm er eine Professur am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main mit dem Schwerpunkt „Theorie der Erziehung und Bildung“ an. Von 2000 bis 2005 war er der Direktor des Fritz-Bauer-Instituts, Forschungs- und Dokumentationszentrums zur Geschichte des Holocaust.

Benjamin Ortmeyer (geb. 13. April 1952 in Kiel) wurde 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. 2008 habilitierte er sich mit der Schrift „Mythos und Pathos statt Logos und Ethos – Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler zur NS-Zeit: Eduard Spranger, Herman Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen“. *Ortmeyer* lehrt seit 2009 als Privatdozent und seit dem 26. Januar 2011 als außerplanmäßiger Professor an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Seit 2012 leitet *Ortmeyer* dort zusammen mit *Micha Brumlik* eine Forschungsstelle NS-Pädagogik.

AutorInnen

Außer den Herausgebern haben insgesamt zehn weitere AutorInnen, teils allein, teils kollektiv, Beiträge für den Sammelband verfasst oder aus früheren Veröffentlichungen beigesteuert. Sie werden im Abschnitt „Inhalt“ genannt.

Entstehungshintergrund

Der Hamburger Lehrer, Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte *Max Traeger* (1887-1960) ist in dem hier interessierenden Zusammenhang Namensgeber der 1960 gegründeten Max-Traeger-Stiftung der GEW. Ihr Ziel ist die Förderung der wissenschaftlichen Erforschung der Erziehungswirklichkeit, der Schulwirklichkeit und der Hochschulwirklichkeit. *Traeger* hatte als Vorsitzender der traditionsreichen hamburgischen „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ viele andere Lehrervereine vom Zusammenschluss zur GEW überzeugt, deren Vorsitzender er von 1947 bis 1952 und von 1958 bis zu seinem Tod im Januar 1960 war.

2016 wiesen *Saskia Müller* und *Benjamin Ortmeyer* in ihrem Buch „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945“ eine starke Affinität der Lehrerschaft mit dem Nationalsozialismus nach. Insbesondere zeigten sie auf, dass die Lehrervereine sich überwiegend freiwillig dem NSLB anschlossen und nicht wie die freien Gewerkschaften vom NS-Regime zwangsweise aufgelöst wurden. In Hamburg spielte dabei *Max Traeger* eine besondere Rolle, die im Oktober 2016 den Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) veranlasste, in einem Offenen Brief die Umbenennung der Stiftung zu fordern. Der GEW-Bundesvorstand gab im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung eine Studie in Auftrag, die der frühere Landesvorsitzende der GEW Hamburg und Lokalhistoriker *Hans-Peter de Lorent* im Juni 2017 mit dem Titel „Max Traeger – Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887-1960)“ bei Beltz-Juventa veröffentlichte. Auf dieses von Ortmeyer als Apologie bezeichnete Buch reagierten im September 2007 *Brumlik* und *Ortmeyer* mit ihrem Sammelband. *De Lorents* Fazit, die GEW könne stolz auf *Traeger* sein, stellen sie ihr Verdikt „Traeger – kein Vorbild“ entgegen.

Den Grund für die Veröffentlichung war einerseits der Versuch der GEW, die öffentliche Diskussion um *Traeger* zu unterbinden und innerhalb der Organisation zu führen, und andererseits, dass die GEW-Führung sich dem Standpunkt *de Lorents* anschloss, *Traeger* habe sich um die GEW große Verdienste erworben, und eine kontroverse Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Gegenposition nicht zuließ (S. 63). Dem Beltz Juventa Verlag ist zu verdanken, dass durch die Veröffentlichung der Bücher von *de Lorent* und *Brumlik/Ortmeyer* die Diskussion nun doch im öffentlichen Raum stattfinden kann.

Aufbau

Der Sammelband besteht aus zehn inhaltlichen Beiträgen sowie einem Vorwort, in dem die Herausgeber die einzelnen Beiträge kurz zusammenfassen. Ein Autorenverzeichnis und eine Danksagung beschließen das Buch.

Inhalt

Die Feststellung „Max Traeger – kein Vorbild“ ist das ceterum censeo dieses Buches (z.B. S. 12, 16, 38, 64, 74, 75, 162). Ergänzt wird sie um das Diktum, *Max Traeger* könne nicht Namensgeber einer Stiftung sein (z.B. S. 12, 42, 68). Begründet werden beide Forderungen mit *Traegers* Verhalten in der NS-Zeit, festgemacht im Wesentlichen an zwei Ereignissen:

- a. der von ihm geförderte „freiwillige und begeisterte“ Anschluss der GdF an den NSLB (S. 19) und in diesem Zusammenhang sein persönlicher Eintritt in den NSLB am 1. Mai 1933 sowie
- b. seine Mitwirkung beim Erwerb der Immobilie Ro 19 von ihren jüdischen Eigentümern *Hallgarten und Meyerhof* und in diesem Zusammenhang der von *Traeger* nach 1945 betriebene Übergang der Immobilie in das Vermögen der GEW.

Weitere Gründe listete *Benjamin Ortmeyer* im Mai 2017 auf (S. 68 und 69): Als Hauptgrund nannte er, „dass er als NSLB-Mitglied ‚MITLÄUFER‘ des NS-Staates und der NS-Bewegung war.“ Des Weiteren sei er 1933 an der Koalition der Deutschen Staatspartei mit der NSDAP im Hamburger Senat beteiligt gewesen. Er war – auch betriebswirtschaftlich – einer der Liquidatoren des alten Lehrervereins. Er habe als Nicht-NSDAP-Mitglied zwar seine Stellung als Schulleiter verloren, sei aber nicht aus dem Schuldienst entlassen, sondern an einer anderen Schule als Lehrer weiterbeschäftigt gewesen. Seine gelegentlichen Kneipentreffs mit anderen Funktionären der Deutschen Staatspartei könne man nicht – wie *de Lorent* – als „Untergrundvorstand“ bezeichnen. Nach 1945 habe er „als Karrierist und Wendehals“ aktiv an der „Lebenslüge“ der GEW gearbeitet, die alten Lehrerverbände seien zwangsweise gleichgeschaltet und enteignet worden. Als Mitglied der FDP stehe er mit deren Programm „Schluss mit der Entnazifizierung“ für die „Renazifizierung“ der Schulen mit Lehrern, die von den Alliierten entlassen wurden. Einzelne Redebeiträge *Traegers* zeigen, dass er als Nicht-NSDAP-Mitglied ein „in der Wolle gewaschener deutscher Nationalist“ und Geschichtsrevisionist gewesen ist. Er habe sich nicht kritisch mit den NS-Verbrechen und dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg auseinandergesetzt.

Die Zehn-Punkte-Liste *Ortmeyers* ist der rote Faden durch das Buch. Jeder der Punkte wird in einzelnen oder mehreren Beiträgen ausführlich begründet und belegt, z.T. mit Kopien der jeweiligen Dokumente. *Brumliks* als Einleitung abgedruckte TAZ-Kolumne vom 2. Mai 2017 äußert die Erwartung, dass die GEW als „Bildungsgewerkschaft“ die historische Wahrheit weder verschweigt noch beschönigt (S. 13), also zur Kenntnis nimmt und – durch Öffnung der Archive – zur Kenntnis gibt (so *Ortmeyer* auf S. 209).

Den ersten längeren Aufsatz des Buches nennt sein Verfasser *Benjamin Ortmeier* „Persilschein-Logik: Eine Polemik gegen die Apologie von Max Traeger“. Mit „Apologie“ ist die Traeger-Biografie *de Lorents* gemeint, die von der GEW-Vorsitzenden *Marlies Tepe* in Auftrag gegeben und von ihr in einer Schriftenreihe der Max-Traeger-Stiftung herausgegeben wurde. Diese Arbeit bezeichnen die Herausgeber *Brumlik und Ortmeier* als „eine Art Gegenschrift zum bisherigen Diskurs“ (S. 7) und als „Verteidigungsschrift“ (Apologie).

Ortmeier dokumentiert, dass *Traeger* im Entnazifizierungsverfahren der britischen Militärbehörde zunächst keiner Kategorie zugeordnet wurde, im Berufungsverfahren 1948 dann als „unbelastet“ (Kategorie V) eingestuft wurde. *Ortmeier* relativiert diese *Traeger* rehabilitierende Kategorisierung gleich dreimal: „Keine Kategorisierung“ bedeute „NICHT“ Entlastung, die Berufung sei ein „von Deutschen durchgeführtes Verfahren“ gewesen, in der britischen Zone sei durchgängig um eine Kategorie milder eingestuft worden als in der amerikanischen, *Traeger* wäre dort also als Mitläufer eingruppiert worden (Kategorie IV), was *Ortmeiers* Mitläufer-These bestätigt hätte. (S. 18) Als weitere Belege dafür zieht er den von *Traeger* am 27. August 1934 auf den Führer geleisteten Amtseid und die Urkunde zum 25-jährigen Dienstjubiläum vom 9. Mai 1939 heran. *Traeger* sei eine der Fachkräfte und einer der Mitläufer gewesen, ohne die das NS-Regime nicht funktioniert hätte. (S. 20, 21) *De Lorent* hat all das anders beurteilt, was *Ortmeier* veranlasst, ihm Grundfehler bei den Fragestellungen und beim historischen Kontext sowie mangelnde Quellenkritik vorzuwerfen.

Ortmeier setzt sich dann abschnittsweise mit der *De-Lorent*-Biografie auseinander. Aus den acht Unterabschnitten über *Traegers* Leben und Wirken bis 1930 und dann bis 1945 – immerhin 20 Seiten – greift er zwei Zitate auf und an. Weitere dreißig Seiten widmet sich *de Lorent* der Rolle *Traegers* in der Endphase der Weimarer Republik. Bei *Ortmeier* sollen drei kurze Zitate *Traeger* eine deutschnationale Grundhaltung nachweisen. Auf sieben Seiten kolportiert *de Lorent* die irri- ge Ansicht, die GdF sei zwangsweise mit dem NSLB gleichgeschaltet worden. Weitere sechzehn Seiten *de Lorents* enthalten „Hinweise zur Erklärung der widerstandslosen Hinnahme der Gleichschaltung“, die *Ortmeier* schon deshalb zurückweist, weil der Anschluss in größerem Maße begeisterte Zustimmung auslöste. (S. 29) Dass *Traeger* seine Stellung als gewählter Schulleiter verlor und – bei gleichem Gehalt – zum Lehrer zurückgestuft wurde, wertet *de Lorent* als Willkürakt, *Ortmeier* dagegen als „eine Art Friedensangebot“. In dieser Zeit des Rückzugs ins Private habe es „heimliche Treffen im sogenannten Untergrundvorstand“ gegeben (*de Lorent*), die tatsächlich einfache Gaststättentreffen gewesen seien, bei denen die Teilnahme *Traegers* sogar umstritten sei (*Ortmeier*). (S. 31 f.) Aus der zweiten Hälfte des *de-Lorent*-Buchs greift *Ortmeier* vor allem die Darstellung der Rückgewinnung des Curio-Hauses nach 1945 und des Erwerb des Hauses Ro 19 1935 und dessen Überführung in den GEW-Besitz nach 1945 auf und an.

Es folgt der Aufsatz „Der NSLB – eine verbrecherische Organisation“, in dem *Saskia Müller* und *Benjamin Ortmeier* nachweisen, dass die Nazi-Ideologie das Wesentliche des NSLB war (S. 51): Das Zentralorgan des NSLB propagierte Kolonialrassismus, Judenfeindschaft und -vernichtung, Antiziganismus sowie die NS-Eugenik bis hin zur Euthanasie. (S. 43-51)

Sven Lehmann stellt anschließend die „Chronologie einer Kontroverse“ zusammen (S. 54-71), die in den Appell mündet, die GEW solle sich endlich ihrer Vorgeschichte im Nationalsozialismus stellen und die Diskussion offen führen.

In dem Beitrag „Perspektive Hamburg“ schreiben *Bernhard Nette* und *Stefan Romey* ein Art Gegengutachten zu *de Lorent* (S. 72-156), das sich sehr ausführlich mit *Traegers* Verhalten in der Hamburger Politik und als GdF-Funktionär befasst und dabei auf Personen verweist, die sich nicht wie *Traeger* vom NS-System vereinnahmen ließen. Sie verweisen insbesondere auf *Emmy Beckmann*, die wie *Traeger* für die Deutsche Demokratische Partei bzw. Deutsche Staatspartei in

die Hamburgische Bürgerschaft gewählt worden war. Sie war auch Hamburger Oberschulrätin und Leiterin des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverbandes. Sie wehrte sich gegen die Gleichschaltung ihres Verbandes; der Verband schloss sich nicht dem NSLB an, sondern löste sich nach Schenkung seines Vermögens an die Helene-Lange-Stiftung selbst auf. *Beckmann* wurde nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ im Juni 1933 aus dem Dienst entfernt. Nach 1945 sei sie FDP-Bürgerschaftsabgeordnete gewesen und habe sich nachdrücklich für die Entnazifizierung und gegen die Rehabilitierung von Angehörigen der Waffen-SS eingesetzt (S. 112-114). *Nette* und *Romey* schlagen vor, die Max-Traeger-Stiftung in Emmy-Beckmann-Stiftung umzubenennen.

Auf den Seiten 157 bis 164 schildern *Ronja Heinelt*, *Robert Hübner*, *Evin Jlussi*, *Gesa Müller* und *Tobias Wollborn* als Aktive der Jungen GEW/GEW Studis Hamburg ihre „Erfahrungen in der GEW Hamburg: Vergangenheitsbewältigung und Nestbeschmutzung“. Ähnlich wie die BASS im Bund wurden sie von der Landes-GEW ausgebremst. Sie fordern eine offene und ehrliche Aufarbeitung der GEW-Geschichte, „um gestärkt, schärfer und ein Stückchen aufgeklärter ... aus der Auseinandersetzung zu gehen“ (S. 160).

Sven Lehmann fasst auf den Seiten 165-186 die „Perspektive Baden-Württemberg“ in den Blick. Er belegt exemplarisch den Nutzen seiner Forderung an die GEW, sich mit den Biografien von NSDAP- und NSLB-Mitgliedern auseinanderzusetzen, die sich später in der GEW organisierten. Am Beispiel des NS-Erbbiologen und Rasse-Ideologen *Friedrich Reinöhl* zeigt *Lehmann*, wie die Aufdeckung dessen NS-Vergangenheit zur Umbenennung der Reinöhl-Hofheinz-Studienhilfe in GEW-Studienhilfe führte. Eine nach dem Sonderpädagogen und langjährigen GEW-Mitglied *Wilhelm Hofmann* benannte Heilbronner Schule änderte ihren Namen, nachdem eine Studie nachgewiesen hatte, dass sich *Hofmann* in der NS-Zeit als Rasse-Ideologe und Auslese-Pädagoge hervorgetan hatte. Weitere NS-belastete Biografien: *Hans-Willi Ziegler*, in der GEW Leiter der Fachgruppe Hochschulen und der Pädagogischen Landesstelle des Bundesverbands Baden-Württemberg, *Walter Asmus*, 1968 von der GEW Oldenburg mit einem Preis ausgezeichnet, *Wilhelm Grotelüsch*, Leiter der Fachgruppe Hochschulen der Oldenburger GEW, *Peter Seidensticker*, Vorsitzender des GEW-Ortsverbands Stade, *Walter Stuhlfahrt*, Vorsitzender der Fachgruppe Hochschulen der GEW Schleswig-Holstein, *Heinrich Vogeley*, Vorsitzender der Fachgruppe Hochschulen der GEW Niedersachsen.

Z. Ece Kaya stellt in ihrem Beitrag „Unzulässige Manöver – Die Biografie Max Traegers im Spannungsfeld von Diskurs und Ideologie“ die de-Lorant-Biografie auf den diskursanalytischen Prüfstand (S. 187-203). Sie deckt auf, wie die Verwendung von Begriffen oder Zitaten und der Ausschluss kritischer Positionen dem Diskurs die beabsichtigte Wirkung geben soll: *Traeger* als erstem Vorsitzenden der GEW ein würdiges Andenken zu bewahren. Dagegen meint *Kaya*: „Dass ein Mitläufer bzw. eine Person, die das NS-Regime dadurch unterstützte, dass er als negatives Vorbild am 1. Mai 1933 ohne Not in den NSLB eintrat, nicht als gewerkschaftlich-politisches Vorbild fungieren kann und nicht verherrlicht oder verehrt werden darf, liegt aus einer rassismuskritischen pädagogischen Perspektive und humanistischer Grundposition auf der Hand. Daher ist es festzuhalten, dass die Auseinandersetzung mit dem Leben von *Traeger*, mit dem NSLB und weiteren Strukturen innerhalb deutscher Lehrkräfte jedenfalls entweder auch aus Respekt vor den Opfern zu einer offenen, selbstkritischen Reflexion in den Reihen der GEW führen oder durch Verschiebung der Sagbarkeitsfelder in der Aufarbeitung der NS-Geschichte zu der nationalistisch-antisemitisch-rassistischen und rechtsextremen Position eines Schlusstrichs näherkommen wird.“ (S. 194)

Zu einem von *Kaya* analysierten Zitat liefert *Micha Brumlik* die „Vertiefung: Über den Ursprung der Phrase ‚Der Einzelne ist nichts ...‘“ (S. 204-205). *Traeger* schrieb in einem Dankesbrief für das ihm verliehene Bundesverdienstkreuz: „Mir kommt nur der Ruhm des Anregers zu. Vergessen Sie

nie: der Einzelne ist nichts, die gesamte Lehrerschaft ist alles.“ *Brumlik* fand heraus, dass die konnotierte Phrase „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“, die besonders gerne Nationalsozialisten zitierten, auf den Sozialdemokraten *Heinrich Deist* zurückgeht, der sie 1924 im „Politischen Rundbrief des Hofgeismarkreises“ geschrieben hatte. *Deist* war nach 1945 als Mitarbeiter *Hans Böcklers* an der Wiedergründung der Gewerkschaften beteiligt.

Für die von ihm angeregte Erforschung der Vorgeschichte der GEW im Nationalsozialismus und die Biografie-Forschung nennen *Benjamin Ortmeiers* „Ausblicke“ (S. 206-210) sieben Forschungsfragen, sechs Quellenhinweise sowie ein Konzept für ein zentral-regional-lokal vernetztes Forschungsprojekt.

Diskussion

Schon in der Einleitung *Micha Brumliks* zeigt sich eine Desillusionierung: die GEW erweise sich als eine ganz normale Organisation, die statt eine „empathisch verstandene ‚Aufklärung‘“ zu betreiben „zu einer Vorkämpferin der Gegenaufklärung zu werden droht“. (S. 12). *Benjamin Ortmeier* greift diese Aussage zum Schluss noch einmal auf und ergänzt sie zugespitzt: „...die größten Wert darauf legt, dass ihr Ruf nicht befleckt wird“. (S. 210)

Was ist das für eine „Organisation“, die sich *Brumlik* offenbar als ideale Organisation wünscht? Die GEW ist kein zentral gesteuerter Betrieb, sondern eine in mehrere Ebenen gegliederte Mitgliederorganisation, deren Meinungsbildung durch Anträge und Beschlüsse auf Betriebsgruppen-, Ortsvereins-, Fachgruppen-, Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene stattfindet. Das vorliegende Buch enthält etliche Beispiele dafür, die zugleich zeigen, dass Meinungsbildungen kontrovers verlaufen, dass Fakten unterschiedlich bewertet werden und dass die Gremienmitglieder nicht immer die von den Antragstellern erhoffte Entscheidung treffen.

Und dass sie einmal gefasste Beschlüsse überdenken und ändern können: Bei der Frage „Ro 19“ entschied die Landesvertreterversammlung der Hamburger GEW 2007 noch, das Haus nicht für die Einrichtung eines jüdischen Museums an die Stadt Hamburg zu verkaufen. (S. 119) 2013 verkaufte die GEW das Haus dann doch, nicht an die Stadt, sondern an die jüdische Organisation Chabad Lubawitsch, und sie spendete vom Kaufpreis 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg. (S. 120) Entscheidend für die Neubewertung war die Erkenntnis, dass „ohne die nationalsozialistische Herrschaft ... die GEW nicht in den Besitz von Ro 19 gelangt“ wäre (S. 120).

Die Verfasser des Buches streben eine Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung an und begründen dies hauptsächlich damit, dass der Namensgeber als Nicht-NSDAP-Mitglied ein Mitläufer gewesen sei. Er sei deshalb kein Vorbild.

Die Stiftung wurde 1960 auf Vorschlag *Heinrich Rodensteins* nach *Max Traeger* benannt. *Rodenstein* war bis 1929 Mitglied der KPD und später der SAP. Politisch waren beide also Antipoden, *Traeger* war zeitgleich Mitglied der DDP bzw. Staatspartei. *Rodenstein* emigrierte 1933 er nach Holland und überlebte die NS-Zeit in Frankreich. *Traeger* blieb Lehrer in Hamburg und wurde Mitglied des NSLB. Beide gründeten 1947 den Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverband (ADLLV) für die Britische Besatzungszone, dessen erster Vorsitzender *Traeger* und zweiter Vorsitzender *Rodenstein* wurde. Der Verband ging 1948 in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf, deren Vorsitzender *Traeger* bis 1952 und von 1958 bis 1960, *Rodenstein* von 1960 bis 1968 war. Dass jeder von dem anderen wusste, wie er sich in der Zeit von 1933 bis 1945 verhalten hat, darf als sicher angenommen werden können. Bemerkenswert ist, dass der konservative Liberale und der Sozialist, der „Mitläufer“ und der Emigrant, die (in der Regel konservativen) Lehrervereine zur Gewerkschaft zusammenführen und dann mit dem DGB zusammenschließen konnten. (Als ehemaliger Kreis- und stellvertretender Bezirksvorsitzender der

GEW Hildesheim erinnere ich, dass noch Anfang der 70er Jahre viele Mitglieder die GEW als Standes- und nicht als Arbeitnehmerorganisation verstanden.) Das von den Verfassern offenbar übersehene Buch von *Wolfgang Kopitzsch*, *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Grundzüge ihrer Geschichte*, Heidelberg 1983, stellt dar, wie dieser Aufbauprozess unter den schwierigen Nachkriegsbedingungen verlief. Der Zusammenschluss mit dem DGB und damit die gewerkschaftliche Ausrichtung war nicht selbstverständlich, er fand in bewusster Ablehnung des Zusammenschlusses mit dem Beamtenbund statt. Interessant ist, dass gerade der FDP-Mann *Traeger* sich entschieden für den DGB aussprach (*Kopitzsch*, S. 82).

Nur am Rande sei erinnert, dass 97 Prozent der Lehrkräfte zwischen 1933 und 1945 dem NSLB angehörten. Die gleichen Lehrkräfte waren, wenn sie überlebt hatten und „entnazifiziert“ waren, auch nach 1945 im Schuldienst tätig. Und die Junglehrer, die als ehemalige Wehrmachtangehörige einem verbrecherischen Regime gedient hatten, kamen am Ende ihrer Ausbildung auch nicht „jung“ und vergangenheitslos in die Schulen. Anders als in der DDR gab es in der Bundesrepublik keine Neulehrer-Bewegung. Wie alle anderen gesellschaftlichen Einrichtungen wurde auch das Schulwesen von ehemaligen „Mitläufern“ (mit) aufgebaut. Und natürlich auch die Gewerkschaften. Dass es ihnen nicht nur um Organisations- und Berufspolitik, sondern auch um Schul- und Bildungspolitik ging, ist bei *Kopitzsch* nachzulesen oder bei *Werner Hohlfeld*, *Geschichte der Lehrerbewegung in Niedersachsen*, Band 2, Von 1945-1976, Hannover 1979. Verbandsthema des ADLLV war 1947/48 zum Beispiel „Die inneren Voraussetzungen der Einheitsschule“, der Vorsitzende *Max Traeger* hatte es formuliert (*Hohlfeld*, S. 37).

Im besprochenen Sammelband ist von diesen Ereignissen nichts zu lesen. Bei der Beantwortung der Frage, ob die Max-Traeger-Stiftung umbenannt werden muss, wären sie aber heranzuziehen. Denn 1960 werden es die Verdienste *Traegers* als „Mann der ersten Stunde“ der Hamburger und deutschen GEW gewesen sein, die *Rodenstein* bewogen haben, den Namen seines Vorgängers durch die Stiftung in Erinnerung zu halten, quasi als „Lesezeichen der Geschichte“ (*Matthias Martens*). Ein „Vorbild“ muss *Traeger* deshalb nicht sein, die Frage „Ein Vorbild – kein Vorbild“ ist auch nicht wissenschaftlich zu beantworten, sondern muss im Diskurs, vielleicht sogar individuell entschieden werden.

Diesem Diskurs sollte sich die GEW unbedingt stellen, die Versuche, ihn zu unterbinden und zu kanalisieren, sind beschämend. Er wird landauf, landab in Städten über Straßennamen geführt, in Landtagen, Ministerien und Behörden über die Aktivitäten ihrer Angehörigen in der NS-Zeit, in Betrieben über ihre Kollaboration mit der SS-Wirtschaftsverwaltung, in der Bundeswehr über den Traditionsbegriff. Dann sollte auch die GEW keine Scheu haben, die Geschichte ihrer Entstehung und ihrer Vorläufer zu erforschen – alles andere als offen und ehrlich wäre unwissenschaftlich. Zur Wissenschaftlichkeit gehört aber auch eine angemessene Form des Diskurses, die *Z. Ece Kaya* zu Recht einfordert (S. 187-203). Die Autorinnen und Autoren des Sammelbands sollten sich kritisch fragen, ob ihre Beiträge dem Anspruch *Kayas* genügen.

Heinrich Rodenstein formulierte 1974 ein Desiderat, das offenkundig bis heute nicht umfassend bearbeitet wurde: „Ähnlich hart wie Diesterweg über die Lehrerschaft nach 1848 haben in unserer Zeit manche über die massenhafte Anpassung der deutschen Lehrer an den Nationalsozialismus ab 1933 geurteilt. Mir ist keine Veröffentlichung bekannt, die versucht hätte, die wahre Gesinnung der deutschen Lehrerschaft auch in ihren evtl. Wandlungen von 1933 bis 1945 festzustellen. Vielleicht schreckte bisher die außerordentliche Schwierigkeit der Aufgabe ab. Wo physisch-psychischer Terror Angst gebiert, wird Tarnung, Heuchelei fast zu einer Lebensnotwendigkeit. Wenn man nicht mehr ungestraft frei reden kann – an schreiben ist schon gar nicht mehr zu denken –, gibt es kaum noch zuverlässige Zeugnisse über die wahre Gesinnung der Vielen. Es bleiben nur noch wenige Jahre Zeit, die große Arbeit zu leisten. Schon jetzt leben viele der Betroffenen nicht mehr. In 10 Jahren wird ihre Zahl so klein geworden sein, daß sie eine solche Untersuchung nicht mehr tragen

kann. Es bleibt auch fraglich, ob das erforderliche Maß an Erinnerungstreue und schonungsloser selbstkritischer Distanz vorausgesetzt werden darf.“ (25 Jahre GEW, Die Deutsche Schule 66, S. 313-316; zitiert nach *Kopitzsch*, S. 26)

Fazit

Das Buch „Max Traeger – kein Vorbild“ befasst sich intensiv mit der Rolle des Gründers und ersten Vorsitzenden der GEW, *Max Traeger*, in der NS-Zeit. Im Zusammenhang mit seiner Rolle beim Anschluss der GdF an den NSLB stellt es auch die hohe Affinität der Lehrerschaft mit der NS-Ideologie und die große Zustimmung zum NS-Regime dar. Es erhellt *Traegers* Wirken in der hamburgischen Bürgerschaft als Angehöriger der DDP-/Staatspartei-Fraktion, insbesondere bezogen auf die letzten Monate ihres Bestehens bis Oktober 1933. *Traegers* Aktivitäten nach 1945 werden nur berücksichtigt, sofern sie im Zusammenhang mit seinen Tätigkeiten in der NS-Zeit stehen, insbesondere hinsichtlich seiner Bemühungen, das Vermögen der GdF nicht der Reichsorganisation des NSLB zufließen zu lassen bzw. es nach 1945 für die GdF bzw. die GEW zurückzuerhalten.

Als eine Art Gegendarstellung zur im gleichen Verlag und Jahr erschienenen Traeger-Biografie von *Hans-Peter de Lorent* versteht sich das Buch als Beitrag zur selbstaufgeworfenen Streitfrage, ob die Max-Traeger-Stiftung umbenannt werden müsse oder beibehalten werden dürfe. Das Buch zeigt, dass die GEW-Führung im Bund und in Hamburg sich bisher schwertat, die Diskussion darüber mit den Beteiligten angemessen zu führen. Es legt aber auch den Verdacht nahe, dass die Autorinnen und Autoren eine andere Interpretation der Fakten oder eine Würdigung der Lebensphasen *Traegers* vor 1933 oder nach 1945 nicht akzeptieren würden. Wenn der Buchtitel „Max Traeger – kein Vorbild“ ein Diktum sein sollte, wäre das nur die apodiktische Behauptung einer Gegenposition. Der gewünschten offenen Diskussion stünde die Vorwegnahme ihres Ergebnisses entgegen.

Rezensent

Dr. Hartmut Häger

Direktor beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung, Hildesheim, i. R.

E-Mail [Mailformular](#)

Zitiervorschlag

Hartmut Häger. Rezension vom 03.01.2018 zu: Micha Brumlik, Benjamin Ortmeier (Hrsg.): Max Traeger – kein Vorbild. Person, Funktion und Handeln im NS-Lehrerbund und die Geschichte der GEW. Beltz Juventa (Weinheim und Basel) 2017. ISBN 978-3-7799-3770-8 . In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/23416.php>, Datum des Zugriffs 05.01.2018.

Dienstag, 03.01.2017

Deutschlandfunk

Startseite

Campus & Karriere

Lehrkräfte im Nationalsozialismus

14.12.2016

Studie

Lehrkräfte im Nationalsozialismus

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung hat jetzt eine Publikation angekauft, die sich mit dem Berufsstand der Lehrer während der Zeit des Nationalsozialismus befasst. Gedacht ist diese Studie über die damalige Zeit für die Lehrer von heute.

Von Anja Nehls



Die rechte Hand zum Hitlergruß erhoben gehen Erstklässler 1933 in Viererreihen an zwei ebenfalls grüßenden Erwachsenen vorbei - vermutlich handelt es sich um Lehrpersonal. (picture alliance /dpa /Diener)

Trotzdem: Die große Mehrheit will damals von politischer Indoktrination durch die Lehrer nicht viel mitbekommen haben. Wolfgang Weinert war 1940 neun Jahre alt:

"Wir wurden auch nicht in dem Sinne erzogen, sondern es stand eigentlich der Unterricht im Vordergrund. Die Erziehung zum Nationalsozialisten wurde meiner Meinung nach in der Hitlerjugend gemacht, so dass das praktisch zweigeteilt war. Insofern glaube ich nicht, jedenfalls in meiner Zeit, dass die Lehrer besonders geschult waren, uns im Sinne der Nazis zu unterrichten."

Nicht alleine auf Zeitzeugen verlassen

Das bezweifeln Historiker heute. An der Forschungsstelle NS-Pädagogik der Universität Frankfurt am Main ist eine Studie zum Zentralorgan des

MEHR ZUM THEMA

Die Brüder Mauersberger

[http://www.deutschlandfunk.de/die-brueder-mauersberger-zwei-kirchenmusiker-und-ihre-rolle.886.de.html?dram:article_id=373824] Zwei

Kirchenmusiker und ihre Rolle im Nationalsozialismus

Verdächtige Bewegungen

[http://www.deutschlandradiokultur.de/verdae-bewegungen-wenn-tanzen-staatsfeindlich-wird.976.de.html?dram:article_id=373835] Tanz und Politik

Erben gesucht

[http://www.deutschlandradiokultur.de/erben-gesucht-ns-raubkunst-im-provinz-museum.1013.de.html?dram:article_id=373867] NS-Raubkunst

im Provinz-Museum

Susan Philipsz im Kunstverein Hannover

[<http://www.deutschlandradiokultur.de/susan>]

Nationalsozialistischen Lehrerbundes, kurz NSLB, erschienen. Über 90 Prozent der Lehrer waren darin organisiert. Die Studie weist nach, dass der NSLB keine harmlose Berufsorganisation war, sondern ein fester Bestandteil des NS-Systems, der mit Rassismus, Judenfeindschaft und Hetze gegen Verfolgte das Mordprogramm begleitete. Noch dazu sei die überwiegende Mehrheit der Lehrer keineswegs zwangsweise, sondern freiwillig und gerne in die Organisation eingetreten, so der Autor Benjamin Ortmeier. Allein auf die Erinnerung von Zeitzeugen hat er sich beim Erstellen der Studie nicht verlassen:

"Wir haben ja auch eine Fülle von Schulheften, Lehrbüchern, Konferenzbüchern, Schulchroniken, in denen klar war, dass tagtäglich Naziideologie mal subtil, mal mit feiern, mal direkt, mal indirekt in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler reingehämmert, so nannten die Nazis das, reingehämmert wurde. Also die Frage der Realität der NS-Zeit in den Schulen ist eigentlich weitgehend geklärt. Es war eine systematische Indoktrination, natürlich gibt es auch hier die Tendenz zu sagen, so schlimm war es gar nicht."

Weitere Probleme nach Kriegsende

Ausgerechnet die Lehrer selbst haben bis jetzt ihre Vergangenheit aber nicht systematisch aufgearbeitet, kritisiert Benjamin Ortmeier. Andere Institutionen, Berufsgruppen, Unternehmen und Ministerien, zuletzt das Bundesministerium für Justiz, seien da schon weiter.

Und auch nach Kriegsende gab es der Studie zufolge weitere Probleme.

Die 1949 gegründete Lehrgewerkschaft GEW habe einigen Nazi-Lehrern später wieder zurück in den Job geholfen. Die Alliierten hatten sie vorher wegen ihrer Nazi-Vergangenheit aus dem Dienst entfernt, sagt Ortmeier:

"Und so ist natürlich die Frage, warum sich die Lehrerschaft als Ganzes nicht die Frage stellt, was sie von 1933 bis 45 eigentlich verbrecherisches gemacht haben. Das wirkt natürlich so in der Richtung einer gewissen Verharmlosung der NS-Zeit bis heute."

Dem widerspricht die GEW. Für die von Ortmeier erhobenen Vorwürfe gebe es keine wissenschaftlichen Belege. Trotzdem will sich die Lehrgewerkschaft jetzt nochmal gründlich mit der eigenen Vergangenheit beschäftigen, sagt Ulf Rödde von der GEW:

"Das hat ja eine Auseinandersetzung mit der Geschichte gegeben, nur nicht systematisch und wissenschaftlich abgesichert. Und da wollen wir uns jetzt dranmachen, das heißt, wir sind dabei, unabhängige Historiker und Historikerinnen zu suchen, die das als spannendes Thema empfinden und

philipsz-im-kunstverein-hannover-zerstoerte.2156.de.html?dram:article_id=373551] Zerstörte Instrumente erzählen vom Krieg

Sachsen

[http://www.deutschlandradiokultur.de/sachsen-zwischen-mitgefuehl-und-fremdenhass.1001.de.html?dram:article_id=373267]

Zwischen Mitgefühl und Fremdenhass

eine entsprechende große Untersuchung zur Geschichte der GEW in Angriff nehmen würden."

Ideologische Ausrichtung

Um jeden einzelnen Lehrer stärker zu sensibilisieren hat die Berliner Landeszentrale für politische Bildung hat jetzt Ortmeiers Publikation: "Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933 - 1945" angekauft. Lehrkräfte hatten und haben immer eine wichtige Funktion und damit eine große Verantwortung, sagt Thomas Gill :

"Das war ein starker Fokus drauf, wir schaffen die künftige Welt, wir schaffen die künftigen Menschen, wir schaffen die künftige Generation und die These wäre schon, dass das auch weiter gewirkt hat. Das soll eine Einladung an die Berliner Lehrerschaft sein, da einfach mal reinzugucken, drüber nachzudenken, welche Handreichungen wurden da Lehrern gegeben, welches Bild sollten sie ihren Schülern vermitteln. Stellt auch die Frage, was wird eigentlich heute vermittelt und welche Handreichung erhalten heute Lehrer. Ist die Frage, ob man sich drauf einlassen will."

Die Publikation aus dem Beltz-Verlag wird gegen eine Bearbeitungsgebühr von fünf Euro von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung abgegeben. Adresse: Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin.

Deutschlandradio © 2009-2016

Über historische Verantwortung

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Buches des Frankfurter Pädagogikprofessors Benjamin Ortmeier und der Doktorandin Saskia Müller, bei denen es primär darum geht zu hinterfragen, ob und inwieweit die GEW die Entnazifizierung von Täter_innen unterstützt und begünstigt haben könnte, war ganz besonders auch der Landesverband Hamburg angesprochen. Einer der ersten Vorsitzenden unseres Landesverbands nach dem Krieg, Max Traeger, Namensgeber einer Stiftung der GEW, geriet dabei in den Fokus als jemand, der – so die These Ortmeiers – widerrechtlich dafür gesorgt hatte, dass die Immobilie Ro19 nach dem Krieg Eigentum der GEW wurde. Vor diesem Hintergrund verwies Ortmeier auf die Inbesitznahme des Hauses Ro19 im Frühjahr 1938 durch den NSLB (Nationalsozialistischen Lehrerbund). Dies hatte bekanntlich eine langjährige innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Frage ausgelöst, ob es sich dabei um Arisierung gehandelt habe. Dass das Haus bereits 2013 an eine jüdische Organisation verkauft und vom Erlös ein nicht unbeträchtlicher Teil an die jüdische Gemeinde gestiftet worden war, fand in diesem in der Mitte des Jahres 2016 veröffentlichten Buch keine Erwähnung. Durch diese Weglassung hatten verschiedene Medien bundesweit skandalisierend darüber berichtet. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die GEW-Bund, aber auch unser Landesverband aufgefordert, sich zu erklären; zum einen gegenüber der Öffentlichkeit, zum anderen auch gegenüber dem BASS (Bundesausschuss der Studenten und Student_innen innerhalb der GEW), der die Veröffentlichung zum Anlass genommen hatte, eine Unterschriftenkampagne zu initiieren, um einmal Licht in das Dunkel zu bringen und darüber hinaus mit ihr die Forderung zu verknüpfen, die Max-Traeger-Stiftung umzubenennen.

Im Folgenden dokumentieren wir die Stellungnahmen unseres Landesverbands und die der GEW-Bund. Im Anschluss daran findet sich eine ausführliche Rezension des Buches. JG

Erste Stellungnahme der GEW Hamburg vom 10.10.2016

Die Veröffentlichung erweckt den Eindruck, die GEW Hamburg habe Ro 19 nicht verkauft. „Aufarbeitung ja, aber auf Grund vollständiger Recherchen“

In der Buchveröffentlichung „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945“ von Benjamin Ortmeier wird der Eindruck erweckt, dass das Gebäude Rothenbaumchaussee 19, das 1935 von jüdischen Vorbesitzern von der GEW gekauft wurde, sich weiterhin in Besitz der GEW Hamburg befindet. Diese Behauptung ist unrichtig.

Bereits im Januar 2013 hat die GEW Hamburg

das Gebäude Rothenbaumchaussee 19 an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft, wie in einer Pressemitteilung vom 25.2.2013 auch öffentlich gemacht wurde. Dabei wurde einerseits Chabad e.V. durch einen günstigen Kaufpreis von 2,5 Mio. Euro der Erwerb von Ro 19 und dem Hintergebäude 19a ermöglicht. Zudem wurde durch eine Spende von 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg auch besonders die Bildungsarbeit der Gemeinde unterstützt. Ebenso hat die GEW Hamburg beschlossen, aus ihrem Haushalt 10.000 Euro pro Jahr für einen Fonds zur Verfügung zu stellen, der sich gegen rassistische oder fremdenfeindliche Aktivitäten und für ein gleichberechtig-

tes, friedliches Miteinander der Menschen in Hamburg einsetzt.

„Als GEW Hamburg stehen wir der Aufarbeitung auch der dunklen Kapitel der GEW und seiner Vorläuferorganisationen offen gegenüber, wie die jahrelangen Diskussionen um das Haus Ro 19 gezeigt haben, die in einen Verkauf mündeten. Historische Aufarbeitung sollte auf Grund einer vollständigen Recherche passieren, nicht durch das Weglassen entscheidender Tatsachen,“ so Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

Beschlussvorlage für den Landesvorstand

Es sind noch viele Themen und Fragen aus der Gründungszeit der GEW und zu den Vorläuferorganisationen wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Die GEW Hamburg will in Zusammenarbeit mit dem HV ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Geschichte der GEW Hamburg initiieren und bereitet das jetzt vor. Im Rahmen dieses Projekts wird insbesondere beforscht, inwieweit NS-Aktive die GEW Hamburg mitprägten. Die Forschungsergebnisse werden wir in Ruhe und ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Die GEW stellt sich ihrer Vergangenheit und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen.

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 8.11.2016 dem Antrag zugestimmt.

GEW arbeitet ihre Geschichte auf Frankfurt, 15.11.2016

Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen: Die Bildungsgewerkschaft will renommierte, unabhängige Historiker*innen für Forschungsvorhaben gewinnen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft arbeitet ihre Geschichte auf. Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen durch den Historiker Jan Kellershohn will die GEW in Zusammenarbeit mit der GEW Hamburg jetzt renommierte, unabhängige Historiker*innen insbesondere für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen.

"Die Literaturrecherche zeigt, dass sich die GEW seit vielen Jahren und an ganz unterschiedlichen Stellen mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat – rund 30 Seiten Literaturliste zeugen von der Intensität der Diskussion. Die Übersicht macht aber auch deutlich, dass die Geschichte der GEW bis heute nicht systematisch aufgearbeitet worden ist. Wir haben die Hinweise des Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeier aufgenommen, der der GEW-Spitze in einem persönlichen Gespräch interessante Informationen und einen Impuls gegeben hat, diese große und wichtige Aufgabe anzugehen", sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am

Dienstag in Frankfurt a. M.

"Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen. Deshalb werden wir die Forschungsergebnisse ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Im Rahmen dieses Projekts soll auch zur Vita des ersten GEW-Vorsitzenden Max Traeger geforscht werden."

Position der GEW Bund zum Offenen Brief des BASS

Der Bundesausschuss der Studierenden in der GEW (BASS) hat seine Mitglieder darüber informiert, dass der Hauptvorstand (HV) dem Antrag des BASS, den Offenen Brief "Max Traeger – kein Vorbild" auf der GEW-Website zu veröffentlichen, mit überwiegender Mehrheit nicht zugestimmt hat.

Wir möchten euch über die Gründe informieren, die gegen die Veröffentlichung vorgetragen wurden. Zum einen hat der BASS die –notwendige– Auseinandersetzung mit der Geschichte der GEW und Vita Max Traegers mit einem Offenen Brief gestartet, ohne zuvor das Gespräch mit dem GV, HV oder anderen GEW-Gremien zu suchen. Wir hatten nicht einmal eine "logische Sekunde" Zeit, zur Kritik und den Forderungen des BASS Stellung zu nehmen. Der BASS ist selbst im HV und damit im Kuratorium der Max-Traeger-Stiftung vertreten und schreibt diesem nun einen Offenen Brief mit schweren Vorwürfen an die GEW, ohne das im Offenen Brief enthaltene Anliegen dort jemals vorgebracht zu haben.

Zum anderen enthalten der Offene Brief und der diesem Anhang beigefügte Text von Benjamin Ortmeier und Saskia Müller eine Reihe von Tatsachenbehauptungen, die entweder falsch oder nicht belegt sind. Falsch ist etwa die Behauptung, die Geschäftsstelle der GEW in Frankfurt am Main heiße Max-Traeger-Haus (wurde in einer überarbeiteten Version des Textes teilweise korrigiert). Nicht belegt ist etwa die Aussage, die GEW habe sich "massenhaft" daran beteiligt, "berechtigte Sanktionen gegen NS-Lehrer_innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen" (Offener Brief des BASS – Ortmeier und Müller sprechen hierbei lediglich von einer "Hypothese"). Gänzlich unerwähnt bleibt, dass die GEW Hamburg die Geschichte des Gebäudes Rothenbaumchaussee 19 aufgearbeitet hat und 2013 zu einem günstigen Preis an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft und 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg gespendet hat. Zusätzlich hat der Landesverband Hamburg beschlossen, den BERTINI-Preis mit jährlich 2.500 Euro zu unterstützen und in die Jury zu gehen sowie einen Fonds gegen Rassismus einzurichten, der jährlich 10.000 Euro für Projekte zur Antirassismus-Arbeit bereitstellt.

Der BASS ist den Weg gegangen, die Auseinandersetzung über die Geschichte der GEW ohne die GEW und außerhalb der GEW zu führen – das hat der HV so zur Kenntnis genommen und entschieden, den bereits veröffentlichten Brief im Nachhinein nicht auch noch auf der GEW-Homepage zu veröffentlichen.

Die hlz-Redaktion schließt sich der Meinung der GEW-Bund an und druckt die Stellungnahme des BASS deswegen ebenfalls nicht ab. Unter dem Link <https://keinvorbild.wordpress.com/> ist diese einzusehen.

REZENSION

Der Mantel des Verdrängens und Verschweigens wird (wieder) angehoben

NSLB-Mitgliedschaft war keine Pflichtveranstaltung

Der Mantel des Verdrängens und Verschweigens wird (wieder) angehoben

An der Forschungsstelle NS-Pädagogik der Universität Frankfurt/M haben die Doktorandin Saskia Müller und der Erziehungswissenschaftler Professor Benjamin Ortmeyer ein lesenswertes Buch veröffentlicht – mit erheblicher Sprengkraft: **„Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945. Herrenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB“**

Die vorgelegte Veröffentlichung ist in Teilen eine Streitschrift. Zwar ist die Basis der Untersuchung von Müller/Ortmeyer zur ideologischen Ausrichtung der Lehrkräfte durch die Nazis relativ schmal, es wird im Wesentlichen – wie im Untertitel angegeben – das Zentralorgan des NSLB herangezogen. Es handelt sich um einen Teil einer DFG Forschungsarbeit, in der insgesamt zehn pädagogische Zeitschriften aus der NS Zeit untersucht werden. Sieben Forschungsberichte liegen bereits vor, drei (zu den Sonderschulen,

den Volksschulen und den Höheren Schulen) folgen noch. In jedem Fall ist das Ziel der vorliegenden Untersuchung notwendig und überfällig. Wenn dieser schmale Band Anlass für junge Historiker_innen ist weiter zu forschen, ist viel gewonnen.

Denn Müller/Ortmeyer geben einen neuen Anstoß für die weitere Aufarbeitung der nazistischen Vergangenheit des Berufsstandes der Pädagoginnen und

„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933. Aufgrund dieses Gesetzes wurden tausende Pädagoginnen und Pädagogen entlassen, weil sie antinazistisch eingestellt waren oder als Juden galten

Pädagogen und ihrer Organisationen. Vor allem in den 1980er Jahren gab es hierzu bereits fundierte Veröffentlichungen. Jetzt steht die Frage im Mittelpunkt, ob es nach 1945 einen Bruch mit vorhandenen Traditionen gab oder ob sie sich nicht vielmehr

in gewisser unheilvoller Weise fortsetzten. Man mag streiten, ob der von den Autoren verwendete Begriff „Renazifizierung“ angemessen ist. Untersucht werden müsste dies in jedem Falle. Zuletzt hatte das Bundesministerium für Justiz für seinen Bereich eine entsprechende Forschungsarbeit zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der entstehenden BRD („Die Akte Rosenberg“) vorgelegt.

Müller/Ortmeyer fragen, welche Bedeutung die Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) auf das Bewusstsein und das Verhalten der in der NS-Zeit tätigen Pädagoginnen und Pädagogen und darüber hinaus nach 1945 gehabt hatte. Warum ließen sich so viele schnell in die NS-Organisation integrieren? Inwieweit dienten die im Zentralorgan des NSLB veröffentlichten Beiträge der Indoktrination? Wurden sie bejaht, übernommen und umgesetzt? Die Autorin/der Autor akzeptieren nicht, dass die Mitgliedschaft im NSLB eine Bagatelle gewesen sei, wie es nach 1945 häufig dargestellt wurde. Der NSLB sei nicht nur eine Pflichtorganisation gewesen. Und zu Recht verweisen sie darauf, dass der

NSLB – ebenso wie die NSDAP bzw. andere nazistische Berufsverbände – eine verbrecherische Organisation war. Im Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10.10.1945 wurde ausdrücklich die Auflösung solcherart nazistischer Organisationen festgelegt. Eine Neugründung wurde untersagt. Gleichzeitig wurde das gesamte Eigentum der NS-Organisationen beschlagnahmt und zunächst unter alliierter Kontrolle gestellt.

1933 traf der NSLB bei den anderen pädagogischen Verbänden auf wenig Ablehnung, vielmehr gab es eine große Zustimmung, bspw. beim Deutschen Lehrerverein, zum Zusammenschluss bzw. zur Eingliederung in den nazistischen Verband. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften bedurfte es keiner Zerschlagung der Berufsorganisationen der Pädagoginnen und Pädagogen. Innerhalb weniger Monate vertausendfachte der NSLB seine anfängliche Mitgliederzahl von 200. Die Presse der alten Verbände wurde übernommen, viele Zeitschriften von ihnen zunächst unter nazistischer Leitung fortgeführt. Diese schnelle Integration in den NS-Apparat bedarf einer differenzierten und umfänglichen Betrachtung, um nachvollziehen zu können, warum alles so schnell und glatt verlief. Gab es nur wenige, die protestierten? Gab es mehr Übereinstimmung mit dem NS, als man 1945 wahrhaben wollte? Hier fehlen Hinweise auf bereits vorhandene Regionalstudien wie die sehr lesenswerte von Uwe Schmidt zu den Hamburger Verhältnissen (*Lehrer im Gleichschritt. Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg*, Hamburg 2006) oder die Veröffentlichungen von Hans-Peter de Lorent (zuletzt: *Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz*, Hamburg 2016).

Die Hamburger „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen

Erziehungs- und Bildungswesens“, eine der Vorgängerorganisationen der heutigen Hamburger GEW, stimmte am 27. April 1933 mit überwältigender Mehrheit auf ihrer stark besuchten außerordentlichen Hauptversammlung ab, sich kampfflos den Nazis in die Arme zu werfen. Das war, und auch Müller/Ortmeyer betonten es ausdrücklich, bevor die Hamburger Industriegewerkschaften am 2. Mai 1933 gewalttätig zerschlagen wurden. „*Brausender, nicht endend wollender Beifall*“, so die damalige Hamburger Lehrerzeitung, begleitete die freiwillige Kapitulation. Nur sieben Delegierte hatten den Mut zu protestieren. Nur der kleine „Allgemeine deutsche Lehrerinnenverein“ (ADLV) wandte sich am 7. Mai 1933 dezidiert gegen den von den neuen Machthabern eingeführten »Arierparagrafen« im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 und löste sich lieber selbst auf als sich den Nazis unterzuordnen. Aufgrund dieses Gesetzes wurden tausende Pädagoginnen und Pädagogen entlassen, weil sie antinazistisch eingestellt wa-

Ein besonderes Anliegen von Müller/Ortmeyer ist es, Max Traeger zu „entzaubern“

ren oder als Juden galten.

Ein besonderes Anliegen von Müller/Ortmeyer ist es, Max Traeger zu „entzaubern“. Er war vor 1933 einige Jahre Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“ und saß für die Deutsche Staatspartei in der Bürgerschaft. Müller/Ortmeyer entdeckten ein belastendes Dokument im Hamburger Staatsarchiv. Am 28. August 1933 sollte eine weitere Hauptversammlung der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Erziehungs- und Bildungswesens“ stattfin-



den. Der neue Vorstand, der in seiner Mehrheit aus Nazis des NSLB bestand, beantragte im Vorfeld: „*Die Gesellschaft löst sich auf. Die Liquidation wird durchgeführt mit der Maßgabe, dass alle Einrichtungen und Vermögenswerte an den N.S.L.B. übergehen.*“ Als einer der »Liquidatoren« (!) wurde Max Traeger bestimmt! Stellte er sich zur Verfügung? Zwar gelang es dem NSLB erst am 14. März 1934 anlässlich der sog. „Auflösungsversammlung“, mit Zweidrittelmehrheit die „Gesellschaft“ direkt in den NSLB zu überführen und die Übernahme der Kassen und Vermögenswerte auch juristisch abzusichern. Aber Max Traeger hatte zuzusagen den Juden gegeben, er hatte sich für die Abwicklung des Vermögens seiner eigenen Lehrorganisation zur Verfügung gestellt, obwohl er wusste, dass noch im Frühjahr 1933 Heinrich Lieth, der NS-Gleichschaltungskommissar und Gaubmann des NSLB Hamburg, der „Gesellschaft“ bei den Gleichschaltungsverhandlungen vertraglich zugesichert hatte,

dass die Vermögenswerte der „Gesellschaft“ dem damaligen Mitgliedsbestande der „Gesellschaft“ als Eigentum erhalten bleiben würden! Max Traeger war kein Nazi, aber er funktionierte und ordnete sich schnell unter. Am 1. Mai 1933 war er bereits in den NSLB eingetreten.

Müller/Ortmeyer gehen davon aus, dass die Mitglieder des NSLB, 1937 immerhin 97 Prozent aller tätigen Pädagoginnen und Pädagogen, „sich wissentlich und bewusst an der Unterstützung des NS-Regimes beteiligt“ haben

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang – und auch darauf weisen Müller/Ortmeyer am Ende ihres Buches in einem streitbaren Ausblick hin –, dass Max Traeger ohne jegliches Unrechtsbewusstsein mit Hilfe ehemaliger hochrangiger NS-Funktionäre dafür sorgte, dass das arisierte Hamburger Haus Ro 19 (Rothenbaumchaussee 19, direkt neben dem Curio Haus), das er in der damals üblichen Diktion als „Judengrundstück“ bezeichnete, Eigentum der neu gegründeten GEW Hamburg wurde und nicht an die jüdischen Vorbesitzer bzw. deren Erben ging. Max Traeger war nach 1945 Gründer der Hamburger GEW und erster Vorsitzender der Bundesorganisation. Er führte die neu gegründeten Lehrervereine als GEW in den DGB. Nach ihm ist die Bundesstiftung der GEW benannt.

Darf trotz all dieser organisatorischen Verdienste Max Traegers die GEW weiterhin einen Mitläufer in Ehren halten, fragen und Autor und Autorin? Es sei an der Zeit, „die Max-Traeger-Stiftung umzubenennen“. An seine Stelle müsse ein neuer

Namenspatron treten: Heinrich Rodenstein. Rodenstein emigrierte als politisch Verfolgter bereits 1933. Wir ergänzen an dieser Stelle, dass Max Traeger auch Namensgeber einer Hamburger Grundschule ist.

Müller/Ortmeyer zeigen, wie die Lehrkräfte in der NS-Zeit ideologisch beeinflusst wurden. Mit der Gleichschaltung der pädagogischen Berufsorganisationen nach der Machtergreifung gelang den Nazis die einheitliche Ausrichtung aller im Bereich Erziehung Tätigen vom Kindergarten bis zur Hochschule nach nazistischen Grundsätzen. Die Lehrpläne wurden geändert. Sämtliche Lehrbücher wurden nach NS-Kriterien vorbestimmt. Die Schulbüchereien wurden schon früh analog zu den Bücherverbrennungen von demokratischen Inhalten »gesäubert«.

Die Autoren gehen davon aus, dass die Mitglieder des NSLB, 1937 immerhin 97 Prozent (!) aller tätigen Pädagoginnen und Pädagogen, „sich wissentlich und bewusst an der Unterstützung des NS-Regimes beteiligt“ haben.

Das Zentralorgan des NSLB, das von 1929 bis Mitte 1933 „Nationalsozialistische Lehrerzeitung (NSLZ), bis 1938 „Reichszeitung der Deutschen Erzieher“ (RZDE) und danach „Der Deutsche Erzieher“ (DDE) hieß, war im Wesentlichen eine Mitgliederzeitung. Müller/Ortmeyer zeigen auf, dass der NSLB unmittelbar nach Übernahme der alten Verbände und ihrer Presse eine antideмократische, rassistische und antisemitische Ausrichtung umsetzte. „Das Zentralorgan des NSLB war in allen Phasen des NS-Regimes eine zutiefst judenfeindliche Zeitschrift“. Teilweise werden hier die Themenbereiche nur sehr kurz angesprochen, sie harren weiterer und intensiverer Forschung. Müller/Ortmeyer verweisen darauf, dass schon vor 1933 klar die Ausrichtung des

NSLB zu erkennen war. Als ein frühes Beispiel hierfür wird die Hetze gegen die Kinderfreunde und dessen Vorsitzenden Kurt Löwenstein (SPD), Stadtrat für das Volksbildungswesen in Berlin-Neukölln, dokumentiert.

Müller/Ortmeyer setzen ihren Schwerpunkt auf die Kernbereiche der NS-Ideologie, wie sie sich im Zentralorgan des NSLB widerspiegeln: Rassismus, Herrenmenschentum, Eugenik, Judenfeindschaft.

Von besonderer Aktualität ist das abschließende Kapitel über den Zeitraum nach 1945. War das Fachwissen der Lehrkräfte tatsächlich so wichtig für den Aufbau des bundesrepublikanischen Schulwesens, dass deren vorherige Tätigkeit im NS bewusst ausgeblendet wurde?

Müller/Ortmeyer gehen davon aus, dass sich Lehrerinnen und Lehrer aktiv an der rassistischen Verfolgung nicht nur der Juden sondern auch der sogenannten

Zudem zeigen Müller/Ortmeyer auf, dass der Eugenikunterricht an den Schulen der ideologischen Vorbereitung der späteren „Euthanasie“-morde und schließlich des Holocausts diente

„Erbkranken“ beteiligten; bspw. fertigten sie Anzeigen über ihre Schüler nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ an, was in der Regel zur Zwangssterilisation der Angezeigten führte. Zudem zeigen die Beiden auf, dass der Eugenikunterricht an den Schulen der ideologischen Vorbereitung der späteren „Euthanasie“-morde und schließlich des Holocausts diente. Die Autorin/der Autor weisen auch auf die Maßnahmen gegen sogenannte „Gemeinschaftsfremde“ hin, an der auch Pädä-

goginnen und Pädagogen ihren Anteil hatten.

Das Buch hat schon jetzt eine besondere Wirkung entfaltet. Am 15. November 2016 erklärte die GEW-Bundsvorsitzende Marlis Tepe, man habe die Hinweise von Benjamin Ortmeyer aufgenommen. Dieser hatte bundesweit in öffentlichen Erklärungen und Interviews verlangt, die Geschichte der GEW einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, dazu würde insbesondere die Rolle des ersten Bundesvorsitzenden der GEW, Max Träger, gehören. Man werde, so bestätigte jetzt Tepe, zusammen mit der GEW Hamburg renommierte, unabhängige Historiker für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen. „Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen.“ Man werde die Forschungsergebnisse diskutieren und bewerten. Auch zur Vita von Max Traeger solle umfänglich geforscht werden.

Anzuregen ist, die Forschung in einen größeren Zusammenhang zu stellen. In allen gesellschaftlichen Bereichen gab es nach 1945 das Bestreben, die Verbrechen des NS zu verkleinern. Die eigene Beteiligung wurde heruntergespielt. Trotz Mitgliedschaft in NS-Verbänden war man angeblich zum »inneren Gegner« geworden. Auch in den Veröffentlichungen der GEW aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik findet sich wenig zu der Beteiligung von

Pädagoginnen und Pädagogen am Aufstieg des Nationalsozialismus. NS-Geschädigte, die in der NS-Zeit widerstanden, die verfolgt wurden, die in die Emigration gingen, wurden mit den sogenannten Entnazifizierungsgeschädigten gleichgesetzt! Statt beim Rechtsschutz den Schwer-

in die heutigen Tage gefordert, einen Schlusstrich zu ziehen unter die Aufarbeitung der NS-Zeit? Warum wandten sich Pädagog_innen so vehement gegen die Re-Education-Politik der Alliierten?

Müller/Ortmeyer ist zuzustimmen, dass es noch gewaltiger Forschungsanstrengungen zentral und lokal bedarf, um Kontinuitäten erkennen und darstellen zu können.

Es blieb nicht aus, dass auch und vor allem in Hamburg die Wellen der Empörung hochschlugen. Kein Wunder, denn das Buch von Müller/Ortmeyer bezog sich im letzten Kapitel auch auf den Konflikt innerhalb der GEW Hamburg, ein Streit, der längst vergessen schien: die Auseinandersetzung um die Villa an der Rothenbaumchaussee 19 („Ro 19“), das „Arisierungs“erbe der GEW. Wir, die Verfasser dieser Rezension, standen – gewollt oder nicht – damals im Mittelpunkt der

Kontroverse, hatten wir doch die Vergangenheit des Hauses und seiner jüdischen Voreigentümer erforscht und veröffentlicht. Wir hatten der GEW Hamburg vorgeschlagen, Ro 19 an die Stadt Hamburg zu verkaufen, um dort ein Jüdisches Museum einzurichten. Die Auseinandersetzungen endeten schließlich damit, dass Ro 19 etwas später an die jüdische Organisation Chabad Lubawitsch verkauft wurde. Die GEW Hamburg spendete der Jüdischen Gemeinde Hamburg einen Teil der Kaufsumme. Zudem wurde der Anti-Rassismus-Fonds mit jährlich 10.000 € För-



Derzeit angebrachte Gedenktafel am Curio-Haus: Mindestens beim Wort 'zwangsweise' sind Zweifel angebracht

punkt auf die in der NS-Zeit verfolgten Pädagoginnen und Pädagogen zu legen, wurden die 1945 entlassenen Lehrkräfte gefördert und unterstützt. Die Anträge auf Rechtsberatung zeigen ein eindeutiges Bild. NS-Belastete bildeten die Mehrheit. Wer im Entnazifizierungsverfahren nicht als Hauptschuldiger oder Belasteter eingestuft wurde, wurde nach dem sogenannten 131-Gesetz wieder eingestellt. Es fehlt eine Aufarbeitung der Geschichte der Mitläufer_innen und Mittäter_innen des Naziregimes. Gab es eine selbstkritische Distanz? Warum wird immer wieder bis

dergeldern eingerichtet. Dieser letzte Teil der Geschichte von Ro 19 fehlt im vorliegenden

Wer im

*Enthnazifizierungsverfahren
nicht als Hauptschuldiger
oder Belasteter eingestuft
wurde, wurde nach dem
sogenannten 131-Gesetz
wieder eingestellt*

Buch. Letztlich hatte die GEW Hamburg sich ihrer Verantwortung gestellt und damit auch unsere Forschungsergebnisse zu Ro 19 und unsere Interpretation

der historischen Vorgänge akzeptiert.

Darauf kann jetzt aufgebaut werden, wenn Müllers und Ortmeys Anliegen umgesetzt wird. Zu Recht stellen sie am Beispiel Max Traegers die Frage: Seit wann sind für die GEW „kleine Nazis“ oder Mitläufer_innen ein Vorbild? Dass die GEW hierüber forschen lassen will, so jedenfalls verstehen wir die Stellungnahme der Bundesvorsitzenden der GEW, ist ein Ergebnis der Veröffentlichung von Müller/Ortmeyer.

Mag das Buch von Saskia Müller und Benjamin Ortmeyer auch seine Lücken haben, mag es Ungenauigkeiten aufwei-

sen, mag das zugrunde liegende schmale Quellenstudium nicht ansatzweise den Umfang der 36seitigen Bibliographie von Jan Kellershohn erreichen, der sie jetzt im Auftrag der GEW unter dem Titel „NS-Kontinuitäten und Aufarbeitung der GEW nach 1945“ zusammenstellte (wobei er damit allerdings einen großen Teil des DFG Forschungsprojektes insgesamt abdeckte), – es war gut, dass der/die Pädagogikwissenschaftler_in mit ihrem streitbaren Buch den entscheidenden Anstoß gaben. Die GEW fängt an, ihre Geschichte nach 1945 aufzuarbeiten.

BERNHARD NETTE
STEFAN ROMEY

Die Rezension hat in der Redaktion eine intensive Diskussion ausgelöst. Wenn die Autoren davon sprechen: „Letztlich hatte die GEW Hamburg sich (durch den Verkauf von Ro19, die Redaktion) ihrer Verantwortung gestellt und damit auch unsere Forschungsergebnisse zu Ro 19 und unsere Interpretation der historischen Vorgänge akzeptiert“, steht dies nach Auffassung der Redaktion im Widerspruch zu den Beschlüssen der LVVn zu diesem Thema. Der Verkauf war unserer Auffassung nach ein Zugeständnis an die Vielen, die sich der Meinung der Rezensenten angeschlossen hatten, aber eben kein Eingeständnis der Mehrheit der Delegierten auf den Gewerkschaftstagen/LVVn, dass es sich bei der Inbesitznahme des Hauses Ro19 um Arisierung gehandelt hat.

Wir hoffen, dass es gelingt, die neuerliche Herausforderung mit unserer Geschichte in dem Geist zu führen, wie es der Beschluss des Gewerkschaftstages vom 15.5.2013 nahelegt: Er "appelliert an alle, Diskussionen und Veröffentlichungen .. ohne persönliche Beleidigungen zu führen. Diskussionen sollten zudem in einem Rahmen stattfinden, der die Darstellung kontroverser Positionen und die ausführliche Würdigung verlegter Materialien ermöglicht." Wir als Redaktion fühlen uns diesem Auftrag verpflichtet und werden unseren Teil dazu beitragen, diesem Anspruch gerecht zu werden.

DIE REDAKTION

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson, Stephan Willers-Inselmann

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: hlz; Foto: creativa images/Fotolia

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: ALBERS DESIGN, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: Inke Hirsch, VerlagsvertretungHirsch@web.de, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 1-2/2017: 1.2.2017

Lehrergewerkschaft „Die GEW hat Renazifizierung betrieben“

Von Martín Steinhagen



Mehr als 90 Prozent der Lehrer waren 1937 im NS-Lehrerbund, erklärt Saskia Müller, „ein Drittel davon NSDAP-Mitglieder“. Foto: imago/teutopress

Die Wissenschaftler Benjamin Ortmeier und Saskia Müller forschen zum NS-Lehrerbund und kritisieren im FR-Interview den Umgang der Gewerkschaft mit ihrer Geschichte.

Frau Müller, Sie haben zu der Pädagogenorganisation „Nationalsozialistischer Lehrerbund“ geforscht. Lehrerinnen und Lehrer waren in der NSDAP überrepräsentiert. Warum war das so?
Saskia Müller: Die Tatsache, dass die Nazis sich bei den Lehrerinnen und Lehrern so gut verankern konnten – mehr als 90 Prozent waren 1937 im NS-Lehrerbund, ein Drittel davon NSDAP-Mitglieder – hängt sicher damit zusammen, dass die autoritäre Mentalität von Beamten und eine bestimmte reaktionäre Grundhaltung schon bei vielen Lehrerinnen und Lehrern bereits vorher existierte. Die fortschrittlichen wurden ja 1933 schon entlassen.

Herr Ortmeier, welche Rolle spielte der NS-Lehrerbund?

Benjamin Ortmeier: Der NS-Lehrerbund war in vielerlei Hinsicht ein Sammelbecken für Lehrervereine, die es schon vorher gab, die mit fliegenden Fahnen zu den Nazis übergelaufen sind und ihnen ihre Organisation und ihre Finanzen zur Verfügung gestellt haben. Vor 1933 war der NS-Lehrerbund eine militante Unterorganisation der NSDAP, die gegen sozialdemokratische, kommunistische und jüdische Lehrerinnen und Lehrer gehetzt hat.

Und später?

Müller: Nach 1933 zeigt das Zentralorgan des NS-Lehrerbundes, das wir analysiert haben, dass das volle Ideologieprogramm der Nazis im Stil von Julius Streichers Hetzblatt ‚Der Stürmer‘ umgesetzt wurde. Wir lesen in der Lehrerbundzeitung das Hitlerzitat über die Vernichtung der ‚jüdischen Rasse‘ in Europa, es wird die ‚Ausmerzung des minderwertigen Erbgutes‘ sowie die ‚ungehemmte

Rücksichtslosigkeit‘ gegen ‚asoziale Schädlinge‘ propagiert, dass es einem heute vorkommt, als wäre es keine Zeitung für Lehrerinnen und Lehrer, sondern für die SS.



Benjamin Ortmeier. Foto: privat
Zur Person

Benjamin Ortmeier ist Erziehungswissenschaftler und leitet an der Uni Frankfurt die Forschungsstelle NS-Pädagogik.

Warum ist die Auseinandersetzung damit nicht nur für Historiker, sondern auch für Pädagogen heute relevant?

Müller: In vielen Berufsgruppen, seien es die Historiker, sei es das Bundeskriminalamt oder das Auswärtige Amt, gab es zuletzt Untersuchungen zu der Zeit nach 1945. Es zeigte sich, dass weder die eigene NS-Vergangenheit noch der Umgang damit nach Ende des Zweiten Weltkriegs aufgearbeitet wurde und dadurch personelle Kontinuitäten, aber eben auch inhaltliche Verharmlosungen der NS-Zeit vorprogrammiert waren.

So auch in der Lehrerschaft? Sie kritisieren, dass die 1949 gegründete Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft dieses Kapitel bisher nicht aufgearbeitet hat.

Ortmeier: Dasselbe Phänomen wie bei anderen Berufsgruppen finden wir bei den Lehrerinnen und Lehrern in der GEW. Der entscheidende Punkt ist nicht, dass die GEW in den 1950er Jahren Judenfeindschaft oder Ähnliches propagiert hätte, sondern dass sie die NS-Zeit verharmlost, verschwiegen und die eigene Rolle der Lehrerinnen und Lehrer damals letztlich verfälscht hat. Das ist bis heute eine Aufgabe der Erziehungswissenschaft, diese Berufsgruppe, diese Profession mit der eigenen Vergangenheit zu konfrontieren, was angesichts der aktuellen Situation umso wichtiger ist. Sie wissen, worauf ich anspiele: die Neonazis und ihre Helferinnen und Helfer in ganz Deutschland heute.

Eine Aufarbeitung fordert zeitgleich mit dem Erscheinen Ihres Buches auch der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW.

Müller: Ich denke, dass die Forderungen der Studierenden in der GEW in erster Linie eine Forderung nach einer umfassenden Diskussion, aber auch nach Forschungen in den einzelnen GEW-Gruppen vor Ort beinhaltet.



Saskia Müller. Foto: privat
Zur Person

Saskia Müller, Mitarbeiterin an der Forschungsstelle, promoviert zum NS-Lehrerbund und hat mit Ortmeier das Buch „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945: Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes“ veröffentlicht (Beltz Juventa, 206 Seiten, 19,95 Euro).

Zudem heißt es in dem offenen Brief, die Stiftung der GEW müsse umbenannt werden. Derzeit trägt sie den Namen des ersten Vorsitzenden, Max Traeger. Er spielt auch in Ihrem Buch eine Rolle. Was werfen Sie ihm vor?

Ortmeyer: Die Max-Traeger-Stiftung ist nach einem Mann benannt, der sich führend an der Legende beteiligt hat, dass die alten Lehrervereine zwangsvereinigt wurden, obwohl gerade dieser Max Traeger beteiligt war, den alten Lehrerverband in Hamburg in den NS-Lehrerbund umzuwandeln. Dass ein Mann wie Max Traeger heute noch im Jahr 2016 Namenspatron einer gewerkschaftlichen Stiftung ist, das empfinden wir als einen echten Skandal und ich gehe davon aus, dass die GEW sich dieser Debatte stellen und die Stiftung umbenennen wird.

Sie sind selbst GEW-Mitglied. Was muss aus Ihrer Sicht jetzt geschehen?

Ortmeyer: Es ist wichtig, die personellen Kontinuitäten der alten Nazis bis hinein in die GEW und ihre Funktion in der Gewerkschaft in den 1950er und 1960er Jahren ordentlich aufzuarbeiten. Hinzu kommt, dass diese alten Nazis, die von den Alliierten entlassen wurden, von der GEW auch noch Rechtsschutz bekamen und in großem Umfang wieder eingestellt wurden. Die Akten der GEW-Rechtsschutzabteilung wurden alle von der GEW geschreddert, so dass aufwendige Recherchen in den Personalakten nötig sein werden. Im Frankfurter Schullandheim Wegscheide wird zum Beispiel immer noch Wilhelm Bardorff geehrt, der auch ein Funktionär der GEW in Frankfurt war. Bei den Alliierten saß dieser SA-Mann im Gefängnis.

Ihr Vorwurf lautet also, die Gewerkschaft habe dazu beigetragen, dass alte Nazis wieder an Schulen unterrichten konnten?

Ortmeyer: In der Tat hat die GEW nach 1949 eine rege Renazifizierung des pädagogischen Bereichs betrieben. So schlimm das klingt, es ist die Wahrheit. Eugen Kogon hat es auf den Nenner gebracht: ‚Seit uns die demokratische Sonne bescheint, werden wir immer brauner‘, sagte er in Bezug auf die ganze Gesellschaft. Das heißt, die von den Alliierten entlassenen Nazis in allen Gebieten, aber eben auch in der Lehrerschaft, kamen Stück für Stück, ob sie SA-Obersturmbannführer waren oder SS-Obergruppenführer oder sonst was, sie kamen fast alle wieder auf die Beamtenposten zurück.



Hetze wie im „Stürmer“: Die Autoren haben das „Kampfblatt“ des NS-Lehrerbundes ausgewertet.
Foto: Archiv Forschungsstelle NS-Pädagogik

In der GEW gibt es nicht zum ersten Mal Streit um den Umgang mit der NS-Geschichte. Vor einigen Jahren ging es um ein Haus in Gewerkschaftsbesitz in Hamburg. Auch dabei spielt der NS-Lehrerbund eine Rolle.

Ortmeyer: Das vom NS-Lehrerbund ‚arisierte‘ Haus, das ein jüdischer Besitzer 1935 verkaufen musste, wurde nach 1945 mit lügnerischen Behauptungen zu einem Haus der GEW gemacht. Bei der Aufklärung darüber haben Hamburger GEW-Aktivist*innen schon viel geleistet. Die GEW hat dieses Haus 2013 für 2,5 Millionen Euro an eine jüdische Organisation verkauft und einen größeren Betrag an die Jüdische Gemeinde Hamburg gespendet. Nun, die Spende finde ich großartig, den Verkauf selbst möchte ich hier nicht bewerten. Es geht insgesamt darum, welches Vermögen aus dem Besitz des NS-Lehrerbund an

die GEW in allen Bundesländern übergeben wurde. Da stehen wir, da steht die GEW am Anfang.

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe hat angekündigt, dass die Gewerkschaft zu ihrer Geschichte forschen wird. Sind Sie damit zufrieden?

Ortmeyer: Na ja, ich freue mich immer über Ankündigungen und Versprechungen. Aber noch wichtiger ist selbstredend, dass insgesamt in der GEW diese Frage als ernste Aufgabe begriffen wird, um überhaupt ein Element der Glaubwürdigkeit gerade an jüngere GEW-Mitglieder, die aktuell in Dörfern und Städten mit der Nazibewegung und deren Verharmlosern zu tun haben, weitergeben zu können. Und Glaubwürdigkeit ist eines der wesentlichen Dinge in der Pädagogik überhaupt.

Interview: Martin Steinhagen

AUTOR



Martin Steinhagen

Redaktion Frankfurt/Rhein-Main

Kommentar NS-Spuren bei der GEW

Ehrlichkeit vor der eigenen Tür

Dass es der linken Lehrgewerkschaft GEW gelungen ist, ihre NS-Vergangenheit zu verdrängen, wirft kein gutes Licht auf die Organisation.



Rechtsradikalen Tendenzen den Kampf ansagen, aber die eigene Nazivergangenheit nicht aufarbeiten Foto: dpa

Allzu spät begann in jüngster Zeit die Durchleuchtung staatlicher Institutionen hinsichtlich personeller Kontinuitäten von der Nazizeit bis zur Bundesrepublik. Vom Bundesnachrichtendienst bis zum Auswärtigen Amt diagnostizierten die damit betrauten Wissenschaftler, dass schwer belastete Herrschaften ihre Karrieren problemlos fortsetzen konnten. Verwundert es da, wenn nun auch die Gewerkschaften mit ihrer braunen Vergangenheit konfrontiert werden?

Ja und nein. Denn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat zwar 1933 zunächst versucht, sich den neuen Machthabern anzudienen; der SPD-nahe Verband wurde dennoch verboten. Er war zwar nicht sehr widerständig, aber deshalb noch lange nicht systemkonform. Anders verhielt es sich mit der Vertretung der verbeamteten Lehrer, die sich offenbar freiwillig in eine NS-Organisation umformen ließ. Und so kommt es, dass ausgerechnet die linke Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft heute ein Problem mit ihrer Vergangenheit hat.

Dabei geht es wohlgerne nicht – wie bei staatlichen Stellen – um SS-Verbrecher, aber doch um das Schönfärben der Verbandsgeschichte in der Nachkriegszeit durch einen GEW-Funktionär und die Aneignung eines „zwangsarisierten“ Hauses, das bis 2013 im Besitz der GEW war. Dass nach diesem Herrn bis heute eine Stiftung benannt ist, dokumentiert eine Wurschtigkeit, wie wir sie bei der GEW nicht vermutet hätten.

Niemand wirft der Lehrgewerkschaft vor, dass sich unter ihren Funktionären NS-Verbrecher verbargen. Aber die Tatsache, dass es der GEW über Jahrzehnte gelungen ist, ihre eigene Vergangenheit erfolgreich zu verdrängen, wirft kein gutes Licht auf eine Organisation, die zugleich rechtsradikalen Tendenzen den Kampf angesagt hat.

Wahrhaftigkeit beginnt vor der eigenen Haustür. Die GEW ist gut beraten, wenn sie sich dieser Geschichte stellt und die notwendigen Konsequenzen zieht.

Anmerkung der Redaktion: Im Text hieß es ursprünglich, das „zwangsarisierte“ Haus sei bis heute im Besitz der Gewerkschaft. Das ist nicht richtig. Die von Max Traeger als „Judengrundstück“ bezeichnete Immobilie wurde 2013 von der GEW Hamburg an das jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. für 2,5 Millionen Euro verkauft, von denen die GEW 400.000 an die Jüdische Gemeinde Hamburg spendete.

KLAUS HILLENBRAND ÜBER NS-SPUREN BEI DER GEW

Ehrlichkeit vor der eigenen Tür

Allzu spät begann in jüngster Zeit die Durchleuchtung staatlicher Institutionen hinsichtlich personeller Kontinuitäten von der Nazizeit bis zur Bundesrepublik. Vom Bundesnachrichtendienst bis zum Auswärtigen Amt diagnostizierten die damit betrauten Wissenschaftler, dass schwer belastete Herrschaften ihre Karrieren problemlos fortsetzen konnten. Verwundert es da, wenn nun auch die Gewerkschaften mit ihrer braunen Vergangenheit konfrontiert werden?

Ja und nein. Denn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat zwar 1933 zunächst versucht, sich den neuen Machthabern anzudienen; der SPD-nahe Verband wurde dennoch verboten. Er war zwar nicht sehr widerständig, aber deshalb noch lange nicht systemkonform. Anders verhielt es sich mit der Vertretung der verbeamteten Lehrer, die sich offenbar freiwillig in eine NS-Organisation umformen ließ. Und so kommt es, dass ausgerechnet die linke Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft heute ein Problem mit ihrer Vergangenheit hat.

Dabei geht es wohlgerne nicht – wie bei staatlichen Stellen – um SS-Verbrecher, aber doch um das Schönfärben der Verbandsgeschichte in der Nachkriegszeit durch einen GEW-Funktionär und die Aneignung eines „zwangsarisierten“ Hauses, das bis heute im Besitz der GEW ist und vermutlich gutes Geld eingebracht hat. Dass nach diesem Herrn bis heute eine Stiftung benannt ist, dokumentiert eine Wurschtigkeit, wie wir sie bei der GEW nicht vermutet hätten.

Niemand wirft der Lehrgewerkschaft vor, dass sich unter ihren Funktionären NS-Verbrecher verbargen. Aber die Tatsache, dass es der GEW über Jahrzehnte gelungen ist, ihre eigene Vergangenheit erfolgreich zu verdrängen, wirft kein gutes Licht auf eine Organisation, die zugleich rechtsradikalen Tendenzen den Kampf angesagt hat. Wahrhaftigkeit beginnt vor der eigenen Haustür. Die GEW ist gut beraten, wenn sie sich dieser Geschichte stellt und die notwendigen Konsequenzen zieht.

Inland SEITE 7



Lehrergewerkschaft mit NS-Vergangenheit

Mitläufer als Aushängeschild

Die GEW gilt als links und antifaschistisch. Nun ist ihre Stiftung nach einem Mann benannt, dem Historiker Geschichtsfälschung vorwerfen.



Auch der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) verbreitete seinerzeit den Mythos vom „deutschen Blut“ Foto: imago/United Archives International

BERLIN *taz* | „Was der Jude glaubt ist einerlei – in der Rasse liegt die Schweinerei.“ Was die Zeitschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) zwischen 1933 und 1945 veröffentlichte, kann man nur als bösartige Hetze bezeichnen. Fast die gesamte Lehrerschaft – 97 Prozent – war seinerzeit Mitglied und bezog die Zeitschrift viele Jahre kostenlos.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs und der Gründung der Bundesrepublik fassten die Mitglieder nicht nur rasch wieder in den Schulen Fuß, sondern auch in den neu gegründeten Verbänden – unter anderem in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die 1949 gegründete Lehrergewerkschaft gilt unter den Verbänden, die sich unter dem Dach des DGB versammeln, als besonders links und antifaschistisch.

Nun erheben Gewerkschaftsmitglieder schwere Vorwürfe. „Die GEW beteiligte sich massenhaft daran, berechnete Sanktionen gegen NS-Lehrer_innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen“, heißt es in einem offenen Brief des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW, der der *taz* vorliegt.

Und nicht nur das: Der erste Vorsitzende der GEW, Max Traeger, nach dem die wissenschaftliche Stiftung der Gewerkschaft benannt ist, habe in den Nachkriegsjahren mit großer Energie Geschichtsfälschung betrieben. Die Studenten fordern nun eine breite und öffentliche Debatte und die Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung. Auf der Website KeinVorbild.wordpress.com sollen ab Montag Unterschriften gesammelt werden.

Die Initiative beruht auf Recherchen des Frankfurter Professors Benjamin Ortmeier, der die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität leitet und vor einigen Jahren den Reformpädagogen Peter Petersen als strammen Rassenideologen enttarnte.

„Besonders bösartige Hetze“

Ortmeier und sein Team werteten in ihrem aktuellen Projekt zehn pädagogische Publikationen der NS-Zeit aus und beschäftigten sich unter anderem mit der zentralen Verbandszeitschrift des NSLB. Aufmerksam geworden durch „die besonders bösartige Hetze“ in dieser Zeitschrift, widmeten sie dem NSLB ein ganzes Buch. In diesem legen sie unter anderem dar, wie der Lehrerbund den Mythos vom „deutschen Blut“ verbreitete und eine besondere Hetze gegen sogenannte Mischlinge betrieb. Zudem hätten sich die Mitglieder vor allem an den Hilfsschulen an der „eugenischen“ Aussortierung von Schulkindern beteiligt.

Das Buch erscheint am Montag. Das letzte Kapitel widmen Ortmeier und die Koautorin Saskia Müller dem Erbe des NSLB. Darin weisen sie die von der GEW bis heute aufrechterhaltene Behauptung zurück, dass die Weimarer Lehrerverbände 1933 zwangsenteignet und zwangsweise in den NSLB eingegliedert wurden. An dieser „Legendenbildung“ habe sich auch der erste GEW-Vorsitzende Max Traeger maßgeblich beteiligt.

Benjamin Ortmeier

„Bis in die 70er Jahre war die GEW voll von alten Nazis“

Traeger war in der Weimarer Republik Vorsitzender eines Hamburger Lehrervereins, der 1933 dem NSLB freiwillig personell und finanziell beitrug. Nach dem Verbot der Naziorganisation 1945 wurde das Vermögen an die Verbände zurückgegeben, unter anderem ein zu einem Schnäppchenpreis von den jüdischen Besitzern gekauftes Haus in Hamburg. Dieses von Traeger noch 1950 als „Judengrundstück“ bezeichnete Haus ist bis heute im Besitz der Gewerkschaft.

Die GEW habe in den letzten Jahrzehnten zwar enorme Anstrengungen unternommen, über die NS-Zeit aufzuklären und Projekte an Schulen zu unterstützen, schreibt Ortmeier, der selbst GEW-Mitglied ist. „Aber vor der eigenen Haustür? Vor dem eigenen Haus wurde nichts wirklich gekehrt und geklärt.“ Man könne sagen, so Ortmeier zur taz, „dass die GEW bis in die 70er Jahre hinein voll von alten Nazis war“.

Er hat nun das Gespräch mit der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe gesucht. Die zeigte sich überrascht über die Enthüllungen. Sie habe sich bisher nicht mit Max Traeger beschäftigt. Tepe zeigte sich aber offen für eine Debatte in der GEW. „Wir initiieren gerade ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Geschichte der GEW. Dabei werden wir auch zur Vita von Max Traeger forschen lassen, alle Fragen in Ruhe diskutieren – und wir sind ergebnisoffen. Am Ende kann auch herauskommen, dass wir die Stiftung umbenennen.“

Anmerkung der Redaktion: Im Text hieß es ursprünglich, das Hamburger Haus sei bis heute im Besitz der Gewerkschaft. Das ist nicht richtig. Die von Max Traeger als „Judengrundstück“ bezeichnete Immobilie wurde 2013 von der GEW Hamburg an das jüdische Bildungszentrum Chabad e. V. für 2,5 Millionen Euro verkauft, von denen die GEW 400.000 an die Jüdische Gemeinde Hamburg spendete.¶



Mitläufer als Aushängeschild

NS-ZEIT Die GEW gilt als links und antifaschistisch. Nun ist ausgerechnet ihre Stiftung nach einem Mann benannt, dem Historiker Geschichtsfälschung vorwerfen

VON ANNA LEHMANN

BERLIN taz | „Was der Jude glaubt ist einerlei – in der Rasse liegt die Schweinerei.“ Was die Zeitschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) zwischen 1933 und 1945 veröffentlichte, kann man nur als bössartige Hetze bezeichnen. Fast die gesamte Lehrerschaft – 97 Prozent – war seinerzeit Mitglied und bezog die Zeitschrift viele Jahre kostenlos.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs und der Gründung der Bundesrepublik fassten die Mitglieder nicht nur rasch wieder in den Schulen Fuß, sondern auch in den neu gegründeten Verbänden – unter anderem in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die 1949 gegründete Lehrgewerkschaft gilt unter den Verbänden, die sich unter dem Dach des DGB versammeln, als besonders links und antifaschistisch.

Nun erheben Gewerkschaftsmitglieder schwere Vorwürfe. „Die GEW beteiligte sich massenhaft daran, berechnete Sanktionen gegen NS-Lehrer innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen“, heißt es in einem offenen Brief des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW, der der taz vorliegt. Und nicht nur das: Der erste Vorsitzende der GEW, Max Traeger, nach dem die wissenschaftliche Stiftung der Gewerkschaft benannt ist, habe in den Nachkriegsjahren mit großer Energie Geschichtsfälschung betrieben. Die Studenten fordern nun eine breite und öffentliche Debatte und die Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung. Auf der Website KeinVorbild.wordpress.com sollen ab diesem Montag Unterschriften gesammelt werden.

Die Initiative beruht auf Recherchen des Frankfurter Professors Benjamin Ortmeyer, der die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität leitet und vor einigen Jah-



Kinder einer Volksschule grüßen die Lehrerin mit „deutschem Gruß“ – die grüßt zurück Foto: Ullstein Bild

ren den Reformpädagogen Peter Petersen als strammen Rassenideologen enttarnte.

Ortmeyer und sein Team werteten in ihrem aktuellen Projekt zehn pädagogische Publikationen der NS-Zeit aus und beschäftigten sich unter anderem mit der zentralen Verbandszeitschrift des NSLB. Aufmerksam geworden durch „die besonders bössartige Hetze“ in dieser Zeitschrift, widmeten sie dem NSLB ein ganzes Buch. In diesem legen sie unter anderem dar, wie der Lehrerbund den Mythos vom „deutschen Blut“ verbreitete und eine besondere Hetze gegen sogenannte Mischlinge betrieb. Zudem hätten sich die Mitglieder vor allem an den Hilfsschulen an der „eugenischen“ Aussortierung von Schulkindern beteiligt.

Das Buch erscheint am heutigen Montag. Das letzte Kapitel widmen Ortmeyer und die Koautorin Saskia Müller dem Erbe des NSLB. Darin weisen sie die von der GEW bis heute aufrechterhaltene Behauptung zurück, dass die Weimarer Lehrer-

verbände 1933 zwangsenteignet und zwangsweise in den NSLB eingegliedert wurden. An dieser „Legendenbildung“ habe sich auch der erste GEW-Vorsitzende Max Traeger maßgeblich beteiligt.

„Bis in die 70er Jahre war die GEW voll von alten Nazis“

BENJAMIN ORTMEYER, UNI-PROFESSOR FRANKFURT/MAIN

Traeger war in der Weimarer Republik Vorsitzender eines Hamburger Lehrervereins, der 1933 dem NSLB freiwillig personell und finanziell beitrug. Nach dem Verbot der Naziorganisation 1945 wurde das Vermögen an die Verbände zurückgegeben, unter anderem ein zu einem Schnäppchenpreis von den jüdischen Besitzern gekauftes Haus in Hamburg. Dieses von Traeger noch 1950 als „Judengrundstück“ bezeichnete Haus ist bis heute im Besitz der Gewerkschaft.

Die GEW habe in den letzten Jahrzehnten zwar enorme Anstrengungen unternommen, über die NS-Zeit aufzuklären und Projekte an Schulen zu unterstützen, schreibt Ortmeyer, der selbst GEW-Mitglied ist. „Aber vor der eigenen Haustür? Vor dem eignen Haus wurde nichts wirklich gekehrt und geklärt.“ Man könne sagen, so Ortmeyer zur taz, „dass die GEW bis in die 70er Jahre hinein voll von alten Nazis war“.

Er hat nun das Gespräch mit der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe gesucht. Die zeigte sich überrascht über die Enthüllungen. Sie habe sich bisher nicht mit Max Traeger befasst, räumte Tepe gegenüber der taz ein. „Ich habe keine Zeit, mich mit allen Vorgängern zu beschäftigen, dazu drängt der Alltag zu sehr.“ Sie zeigte sich aber offen für eine Debatte in der GEW. „Wir werden diese Frage in Ruhe diskutieren und sind dabei offen“, sagte Tepe. „Am Ende kann auch herauskommen, dass wir die Stiftung umbenennen.“

Meinung + Diskussion SEITE 12